GEMEINSAM FÜR EIN STARKES EUROPA.

Das Wahlprogramm der SPD
für die Europawahl 2024

SPD Soziale Politik für Dich.

Inhaltsverzeichnis

I. Gemeinsam für ein starkes Europa.	2
II. Ein Europa der Zukunft	4
III. Ein starkes Europa in der Welt	18
IV. Ein Europa des Respekts	30
V. Schluss	39

Gemeinsam für ein starkes Europa.

I. Einleitung

Wir blicken auf eine beeindruckende Erfolgsgeschichte in einem einst von Krieg zerrütteten Europa zurück. Aus Feinden wurden Verbündete und Partner. Heute leben wir in einer einzigartigen Gemeinschaft von fast 450 Millionen Bürgerinnen und Bürgern, die in ihrer Vielfalt vereint sind. Die Europäische Union ist die Basis für Sicherheit, Frieden und Wohlstand für die Menschen auf unserem Kontinent.

In einer aus den Angeln gehobenen Welt mit einem brutalen russischen Angriffskrieg auf dem europäischen Kontinent ist dieser Zusammenschluss wichtiger denn je. Wer Europa aufs Spiel setzt, wer Europas Einheit und Stärke angreift oder infrage stellt – egal ob von innen oder außen – greift die Grundlagen unseres Zusammenlebens an. Ein starkes Europa, das den Menschen Sicherheit gibt, steht deshalb im Zentrum unserer Politik und unseres Handelns.

Es ist in unserem tiefsten nationalen Interesse, die Europäische Union weiterzuentwickeln und nach unseren Vorstellungen mitzugestalten. Die SPD hat als Kanzlerpartei in Deutschland eine große Gestaltungsmacht und damit eine besondere Verantwortung für die Zukunft Europas. Diese Verantwortung nehmen wir auf allen Ebenen an und gehen sorgsam und entschlossen mit ihr um.

Was Europa stark macht

Die Europäische Union hat sich in den Krisen der vergangenen Jahre bewährt. Sozialdemokratische Krisenbewältigung hat Europa zusammengeführt, wo Konservative zuvor gespalten haben. Während der Corona-Pandemie haben wir durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit und den größten Wiederaufbaufonds in der europäischen Geschichte bewiesen, wie Solidarität uns stark macht. Auf den russischen Angriffskrieg haben wir gemeinsam mit unseren europäischen Partnern entschlossen reagiert und die Ukraine politisch, wirtschaftlich und militärisch unterstützt. An diese entschlossene, gemeinsame europäische Politik wollen wir anknüpfen.

Europa ist stark, wenn Frieden herrscht und Menschen in Sicherheit zusammenleben können. Wir übernehmen Verantwortung, damit kein Kind, das heute in der Europäischen Union geboren wird, jemals Krieg erleben wird. Wir setzen dafür weiterhin und mit allen diplomatischen Mitteln auf Versöhnung und Demokratie. Zugleich stärken wir unsere Verteidigung und militärische Zusammenarbeit und arbeiten politisch konsequent an einer Erweiterung Europas. Denn Kooperation und Zusammenarbeit sind die Grundlage für Frieden innerhalb der Europäischen Union.

Europa ist stark, wenn seine Demokratie geachtet und geschützt wird. Die Europäische Union muss wehrhaft sein und sich wirksame Instrumente gegen ihre Feinde von innen und von außen geben. Deswegen wollen wir den Rechtsstaat stärken und unsere Demokratie ausbauen.

Europa ist stark, wenn Klimaschutz gelingt und zum Jobmotor wird. Dafür muss in Europa massiv in Zukunftstechnologien und Infrastruktur investiert werden und die Industrie auf dem Weg in die Klimaneutralität unterstützt werden. So werden Millionen Arbeitsplätze gesichert und viele neue entstehen. Ein starker europäischer Binnenmarkt ist dabei das Rückgrat unseres Wohlstands und sorgt gerade in Deutschland für enorme Vorteile für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, wenn er gerecht gestaltet wird.

Europa ist stark, wenn es dazu beiträgt, dass Menschen ein gutes, selbstbestimmtes Leben führen können. Deswegen setzen wir auf soziale Gerechtigkeit, gerade in der Transformation; auf die gerechte Verteilung von Kosten und Chancen in der Energie- und Mobilitätswende. Europa wird nur erfolgreich sein, wenn auch Menschen mit niedrigen Einkommen gut leben und vom Klimaschutz profitieren. Außerdem nutzen wir die Potenziale der Digitalisierung für Fortschritt und Wohlstand und sorgen dafür, dass Technologien und Entwicklungen in Europa weiter an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet werden.

Europa ist stark, wenn gute Arbeitsbedingungen herrschen und die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern geschützt sind. Niemand in Europa darf durch seine Arbeit ausgebeutet werden. Lohn- und Sozialdumping gehören wirksamer unterbunden.

Europa ist stark, wenn es in der Welt mit einer Stimme spricht. Wenn wir gemeinsam handeln, können wir die Welt von morgen mitgestalten. Anderenfalls werden andere die Spielregeln der Weltpolitik bestimmen. Die EU muss als souveräne geopolitische Akteurin auftreten und wahrgenommen werden.

Europa ist stark, wenn die klügsten Köpfe und fleißigsten Hände hier ihre Heimat und Zukunft sehen. Dafür braucht es eine ambitionierte Innovationsagenda sowie ein modernes Einwanderungsrecht. Es braucht gemeinschaftliche Lösungen für Ordnung und Humanität an den Außengrenzen.

Für dieses starke Europa arbeiten wir.

Welche Prinzipien uns leiten

Erfolgreiche Politik braucht einen Kompass, um den Fortschritt zu organisieren. Wir richten unser Programm für ein starkes Europa deshalb an drei Prinzipien aus, die für die SPD handlungsleitend sind:

- Wir schaffen ein **Europa der Zukunft.** Wenn wir unsere Ressourcen, den größten Binnenmarkt der Welt und das Potenzial der Vielfalt der Menschen in Europa bestmöglich nutzen, können wir aus dem notwendigen Wandel gesellschaftlichen Fortschritt machen und dafür sorgen, dass alle profitieren. Wir treten an, um gute Arbeit für alle zu schaffen. Wir wollen den Klimawandel bekämpfen und gleichzeitig den Wirtschaftsstandort Deutschland und Europa stärken. Gemeinsam können wir in Europa dafür sorgen, dass wir im globalen Wettbewerb führend sind und niemand Angst vor der Zukunft zu haben braucht.
- Ein **starkes Europa in der Welt** ist unsere Antwort auf die globalen Herausforderungen, die sicherheitspolitischen Veränderungen und den Druck, dem sich die Demokratien dieser Welt durch Populisten und Autokraten gegenübersehen. Wenn wir mit einer Stimme sprechen, sind wir stark genug, um unseren Werten und Interessen in der Welt Gehör zu verschaffen. Wir wollen gemeinsam Europa zum Partner erster Wahl machen, die regelbasierte Ordnung stärken und uns international für Frieden und gegen Ungleichheit einsetzen.
- Wir wollen ein **Europa des Respekts**. Wir sind stolz darauf, dass Europa uns vielfältige Möglichkeiten bietet, unser Leben so zu leben, wie wir es wollen. Dazu gehören gute Arbeitsbedingungen, eine gerechte Verteilung von Wohlstand und ein sicheres und gutes Leben, egal woher man kommt oder welchen Beruf man ausübt oder wen man liebt. Dieses Prinzip werden wir gegen diejenigen verteidigen, die es einschränken und abschaffen wollen. Respekt heißt auch, dass faire Regeln für alle gelten. Europa muss gegen Einschränkungen von Rechtsstaat und Gewaltenteilung wirksam vorgehen, denn das Programm der Populisten und Europafeinde ist am Ende ein soziales und kulturelles Verarmungsprogramm für die Bürgerinnen und Bürger.

Worauf es bei der Europawahl 2024 ankommt

Die Europäische Union sieht sich heute mit einer Reihe von Herausforderungen konfrontiert, die darüber entscheiden werden, wie wir in Zukunft in Europa und in Deutschland leben werden. Die Europawahl 2024 ist deshalb eine Richtungswahl, in der die Menschen in Europa den weiteren Weg bestimmen. Wir wollen ein starkes Europa, das unseren Frieden, unsere Freiheit und unseren Wohlstand auch in einer zunehmend unsicheren Welt schützen kann. Rechten Populismus, der sich europaweit erneut etabliert hat und überwunden geglaubte nationale Egoismen propagiert, die alle unsere Errungenschaften in Europa gefährden, lehnen wir entschieden ab.

Deutschland braucht ein starkes Europa und Europa braucht ein starkes Deutschland. Gemeinsam können wir Antworten auf aktuelle und künftige Krisen und Herausforderungen geben, die auf der Höhe der Zeit

sind und auf der Grundlage unserer gemeinsamen Werte basieren. So stellen wir sicher, dass wir als Europäerinnen und Europäer gemeinsam eine gute Zukunft haben. Gemeinsam können wir den gefährlichen Weg von Rechtspopulisten und ihrer menschenfeindlichen Politik verhindern.

Dafür brauchen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten deine Stimme.

II. Ein Europa der Zukunft

Unser Europa der Zukunft ist klimaneutral und wirtschaftlich stark. Beides hängt für uns eng miteinander zusammen. Der Klimaschutz muss gelingen, weil er die Grundlage dafür ist, dass nachfolgende Generationen eine gute Lebensgrundlage haben. Ohne Klimaschutz ist Europas Zukunft nicht denkbar.

Europa hat die besten Voraussetzungen, durch effektiven Klimaschutz den Wohlstand der Zukunft zu schaffen. Dazu muss Europa Industriestandort bleiben. Wir wollen eine aktive Industriepolitik, die massiv in klimaneutrale Zukunftstechnologien, in eine sichere Energieversorgung, Infrastruktur und Innovation investiert. Der Ausbau erneuerbarer Energien hat dabei absoluten Vorrang. Klimaschutz kann so zum Jobmotor werden und die Grundlage legen für die nächste Dekade des wirtschaftlichen Wachstums und Wohlstands. Europäische Programme und Initiativen sind dabei für uns in Deutschland von entscheidender Bedeutung, denn nationale und europäische Klima- und Wirtschaftspolitik muss Hand in Hand gehen.

Der europäische Binnenmarkt ist auch in Zukunft das Rückgrat der wirtschaftlichen Entwicklung und muss weiter vertieft werden, denn Millionen Arbeitsplätze in Deutschland sind eng mit einem starken Binnenmarkt verknüpft. Hier muss es gerecht zugehen, und Investitionen müssen in nachhaltige Produktionsverfahren gelenkt werden. Machtmissbrauch großer Unternehmen auf Kosten von Verbraucherinnen und Verbrauchern sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern oder Selbstständigen werden wir verhindern. Wir unterstützen die Wirtschaft nehmen aber auch die Wirtschaftsakteure in die Pflicht, den nachhaltigen und gerechten Wohlstand von morgen zu schaffen. Die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen sind dabei von zentraler Bedeutung. Das Europa der Zukunft ist auch ein Europa der Innovation und Kreativität, in welchem sich neue Ideen entfalten. Dafür braucht es klare Regeln, die respektiert und durchgesetzt werden sowie eine Innovationslandschaft, die das Ausprobieren von neuen Methoden und Produkten besser ermöglicht.

Wir treten an, Antworten auf der Höhe der Zeit zu formulieren, die heute und morgen ein Leben in Freiheit, Frieden und einer gerechten Gesellschaft sichern.

1. Die Zukunft des europäischen Wirtschafts- und Industriestandorts

Der Europäische Binnenmarkt bildet mit seinen Grundfreiheiten des freien Verkehrs von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital einen der größten Wirtschaftsräume der Welt. Dieser gemeinsame Markt ist das Kernstück unserer europäischen Wirtschaftskraft und der Motor für den Wohlstand in Europa. 30 Jahre nach der Geburt des gemeinsamen Binnenmarktes erleben wir einen umfassenden Wandel unserer Wirtschaft und der Art, wie wir leben und arbeiten. Im Zuge dieses Wandels gibt es einen globalen Wettlauf um Ressourcen, Technologien und Standards. Wir wollen, dass Deutschland und Europa ein attraktiver Wirtschafts- und Industriestandort bleiben, der Arbeitsplätze und den Wohlstand von morgen sichert. Und wir wollen in Europa zeigen, dass Industrie, Klimaschutz und sozialer Fortschritt zusammengebracht werden können. Deshalb brauchen wir einen wirtschafts- und industriepolitischen Aufbruch in Europa. Wir wollen Zukunftstechnologien „Made in Europe“.

Weiterentwicklung der europäischen Industriestrategie

Wir wollen die europäische Industriestrategie (Green Deal Industrial Plan als Teil einer umfassenden Standort- und Resilienzstrategie weiterentwickeln und strategisch auf die Zukunft und die neuen

Rahmenbedingungen im globalen Wettbewerb ausrichten. Wir werden darauf achten, dass die EU-Kommission und die Mitgliedsstaaten weite Teile der Wirtschaft, Zivilgesellschaft und insbesondere Gewerkschaften in die Weiterentwicklung der europäischen Wirtschafts- und Industriepolitik einbeziehen. Wir wollen starke Sozialpartnerschaften, faire Arbeitsbedingungen und hohe soziale Standards in einem sozialen und ökologisch nachhaltigen Europa weiter stärken. Vor allem Unternehmen, die von staatlichen Subventionen und Transformationsprogrammen profitieren, stehen in der Pflicht, langfristig gute Arbeitsplätze in tariflicher Bindung in Europa zu bieten. Staatliche Subventionen in Schlüsselindustrien und Zukunftstechnologien wollen wir zudem so ausgestalten, dass sie die Wertschöpfung in Europa unterstützen und uns strategisch unabhängiger machen.

Investitionen in Zukunftsindustrien

Wir wollen die Industrie dabei unterstützen, den Wandel hin zu klimaneutralen und kreislaufbasierten Verfahren zu vollziehen. Dabei stehen für uns sowohl die Grundstoffindustrien im Fokus als auch Fertigungsbranchen wie zum Beispiel die Leitbranche Automobilindustrie. Wir wollen diese Branchen in ihren Innovationsanstrengungen unterstützen, von denen auch Innovationswirkungen in den Rest der Wirtschaft ausgehen können. Insbesondere in Bereichen wie grüner Wasserstoff, Batterietechnologie, Elektromobilität, Wind- und Solarkrafttechnologien und Biotechnologie sehen wir große strategische Potenziale für den europäischen Markt. Wir wollen sicherstellen, dass Produktionskapazitäten in solchen Schlüsselbereichen der digitalen und der ökologischen Transformation ausgeweitet werden.

Regulierung verbessern und Planungsprozesse beschleunigen

Für eine erfolgreiche aktive Wirtschafts- und Industriepolitik müssen wir die Fähigkeit haben, strategische Entscheidungen auf europäischer Ebene zu treffen, und gleichzeitig Bürokratie – wo möglich – abbauen, um Planungsprozesse zu beschleunigen und Raum für Unternehmertum und Kreativität zu schaffen. Ein verantwortungsvoller Abbau von bürokratischen Hemmnissen im Binnenmarkt sind für Großunternehmen sowie für KMU, Start-ups, Selbstständige und Freiberufler dringend notwendig. Derzeit erfolgt die Regulierung von europäischer Industriepolitik vor allem durch die Ad-hoc-
Kontrolle von nationaler Beihilfe und über eine Vielzahl von Plattformen und Gremien für unterschiedliche europäische Programme. Dabei fehlen Daten, analytische Ressourcen und gebündelte Kompetenzen auf EU-Ebene. Das wollen wir ändern und die Qualität von EU-Regulierungen verbessern. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, Investitionshindernisse wie langwierige Genehmigungsverfahren und umfangreiche Beihilfeprüfungen zu vereinfachen. Dafür brauchen wir ein Update verschiedener Regulierungen. Zum Teil blockieren sich verschiedene Regulierungen gegenseitig. Hier wollen wir durchlüften, ohne Schutzstandards abzusenken. Zusätzlich wollen wir Regionen unterstützen, die vorangehen und Räume ausweisen, in denen mit verkürzten und verschlankten Planungs- und Genehmigungsverfahren vernetzte klimaneutrale Industriestandorte mit guten Arbeitsplätzen entstehen. Dafür wollen wir die Konzepte der sogenannten Go-to-Areas, die wir bei der Windenergie schon erfolgreich umgesetzt haben, auf weitere Vorhaben ausdehnen. Wir wollen mehr Kohärenz beim Produkt- und Rohstoffrecht herstellen sowie Doppelregulierung verhindern. Bürokratieabbau darf nicht zu niedrigeren Sozial-, Umwelt- oder Sicherheitsstandards führen. Wir wollen, dass bei der öffentlichen Vergabe von Aufträgen ein großer Anteil der Produkte aus Europa kommt, auch um den CO2-Abdruck der EU zu verkleinern.

Binnenmarkt vor unfairem Wettbewerb schützen

Wir brauchen eine Weiterentwicklung des europäischen Wettbewerbs- und Kartellrechts, das nicht nur den innereuropäischen Wettbewerb, sondern verstärkt auch die globale Wettbewerbsposition europäischer Unternehmen in den Blick nehmen muss. Gleichzeitig sind wir davon überzeugt, dass schon die Ansammlung von Marktmacht in der Hand eines Unternehmens funktionsfähige Märkte zerstört, und nicht erst der Missbrauch dieser Marktmacht. Wettbewerbspolitik muss daher Marktmacht begrenzen mit

den Instrumenten des Kartellrechts und der Fusionskontrolle. Europäische Wettbewerbspolitik spielt zudem eine entscheidende Rolle bei der Begrenzung von Inflation, indem sie Preissteigerungen, die sich nicht aus den konkreten Marktbedingungen von Angebot und Nachfrage ergeben (Greedflation), verfolgt. Die entsprechende Reform des deutschen Wettbewerbsrechts, die von der Bundesregierung auf den Weg gebracht wurde, ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Mit Bedacht und Rücksicht auf nationale funktionierende Regelungen ist die Harmonisierung des Insolvenzrechts in der Europäischen Union voranzubringen.

Fachkräfte für Europa

Um unsere Wirtschaft zukunftsfähig zu machen, brauchen wir ausreichend viele Arbeitskräfte auf allen Qualifikationsebenen. Hierzu zählen insbesondere gut ausgebildete Fachkräfte. Der demografische Wandel wird den bereits bestehenden Fachkräftemangel in den kommenden Jahren weiter anfachen. Wir müssen deshalb das Potenzial inländischer Fachkräfte besser nutzen und in Weiterbildung investieren. Gleichzeitig sind wir auf die Zuwanderung nicht-europäischer Fachkräfte angewiesen. Die Bundesregierung hat in Deutschland u. a. mit dem Chancenaufenthaltsgesetz, dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz und der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts einen lange überfälligen Paradigmenwechsel hin zu einer modernen Einwanderungsgesellschaft vollzogen. Wir wollen und müssen in Europa gemeinsam Fachkräfte gezielt anwerben. Dafür braucht es ein verbessertes EU-Fachkräfteeinwanderungsrecht. Dabei muss auch die Versorgung mit Wohnraum bedacht und nicht nur den Arbeitskräften, sondern auch ihren Familien, Maßnahmen der Integration und eine gute Perspektive angeboten werden. Es muss sichergestellt sein, dass Zugewanderte in gute und qualifikationsgerechte Arbeit vermittelt und nicht ausgebeutet werden. Denn jeder Mensch in Europa hat das Recht auf einen guten Arbeitsplatz.

Innovationen stärker fördern

Wir wollen das Innovationspotenzial unserer Gesellschaft und Wirtschaft bestmöglich nutzen, um den Wandel aktiv mitzugestalten. Unser Ziel ist eine europäisch geeinte Wissens- und Forschungslandschaft mit einem dichten Netz an Kooperationen, gemeinsamen Programmen und gezielt geförderten großen Zukunftsprojekten in Bereichen wie etwa Clean Tech, Quantencomputing oder Künstliche Intelligenz. Wir setzen uns dafür ein, dass die EU-Initiative IPCEI zur Förderung und Neuansiedlung strategisch wichtiger Unternehmen auf mehr Branchen ausgeweitet und für den Mittelstand geöffnet wird sowie die Antragsbearbeitung erheblich beschleunigt wird. Wir wollen Open Source und Open Science fördern und so nachhaltige und faire Nutzungsvereinbarungen unterstützen und sicherstellen, dass öffentlich finanzierte Forschung auch der Allgemeinheit frei zur Verfügung steht. All dies ist Kernbestandteil der wissenschaftlichen Souveränität in einem Europa der Forschung und der Innovation.

Ressourcen schonen in einer europäischen Kreislaufwirtschaft

Für eine zukunftsfähige und nachhaltige Wirtschaft brauchen wir ausreichend Ressourcen, die länger und effizienter genutzt werden. Wir benötigen deshalb eine koordinierte Rohstoff-Strategie der EU, die auf die Diversifizierung von Rohstoffquellen, effizienteren Materialeinsatz, besseres Recycling und verstärkte innereuropäische Beschaffung zielt sowie die gemeinsame Forschung zu nachhaltigen Alternativen zu knappen Rohstoffen vorantreibt.
Oberstes Ziel der EU-Ressourcenpolitik muss die Umsetzung der EU-Abfallhierarchie sein, bei der Materialverbrauch zunächst vermieden und reduziert wird. Mit dem Aufbau einer europäischen Kreislaufwirtschaft im industriellen Maßstab können wir die Effizienz in der Produktion weiter optimieren, den CO2-Fußabdruck senken und uns unabhängiger vom Import machen. Wir wollen, dass Verbraucherinnen und Verbraucher das Recht bekommen, ihre Produkte auch nach Ablauf der Gewährleistungsfrist und bei einem nach dem Warenkauf entstandenen Mangel kostengünstig reparieren zu lassen. Wir werden unnötige Wegwerf-Verpackungen abschaffen und Hersteller in die Pflicht nehmen, Einweg-Verpackungen zu reduzieren und die Wiederverwendung auszubauen. Wir wollen die

Textilindustrie nachhaltig reformieren und mit der Fast Fashion Schluss machen. Textilien sollen länger haltbar, reparierbar und recyclingfähig sein und unter menschenwürdigen Bedingungen produziert werden. Hersteller und Händler dürfen unverkaufte Ware nicht länger einfach vernichten. Wir wollen Schrott-Exporte reduzieren und gleichzeitig auch in Ländern des Globalen Südens Betriebe der Kreislaufwirtschaft fördern. Dort, wo Emissionen sehr schwer vermeidbar sind – wie etwa in der Müllverbrennung, Zement- oder Teilen der Chemieindustrie –, wollen wir Kohlendioxid im Sinne des Kreislaufwirtschaftens abscheiden, wiederverwenden oder ggf. speichern (Carbon Capture, Usage und Storage). Dafür braucht es europaweit einheitliche Regelungen und eine gemeinsame Infrastruktur.

Verlässliche Rahmenbedingungen für eine starke Gesundheitswirtschaft und Pharmaindustrie

Um die bestmögliche Versorgung von Patientinnen und Patienten in Europa sicherzustellen, brauchen wir eine patientenorientierte Gesundheitswirtschaft, inklusive einer starken pharmazeutischen Industrie. Wir wollen verlässliche Rahmenbedingungen für den Forschungs-, Produktions- und Innovationsstandort Europa und mehr Anwendungsorientierung. Europa muss attraktiv für die Durchführung medizinischer Studien werden. Wir wollen im Bereich Forschungsförderung, Genehmigungsverfahren und Datennutzung enger zusammenarbeiten sowie im europäischen Vergleich die besten Verfahren finden und als Grundlage der Harmonisierung nutzen. Damit schaffen wir es, Studienzulassungs- und Umsetzungsverfahren zu beschleunigen sowie den bürokratischen Aufwand erheblich zu reduzieren. Essenzielle Grundlage jeglicher Innovationsaktivitäten ist ein ausreichender Patentschutz. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass sich Innovation und Forschung in Deutschland und Europa weiter lohnen. Gleichzeitig werden wir dafür sorgen, dass sich der Zugang von Patientinnen und Patienten zu lebensrettenden Medikamenten verbessert. Außerdem unterstützen wir nationale und europäische Investitionsbezuschussungen für Produktionsstätten und die Gewährleistung der Versorgungssicherheit.

2. Erneuerbare, bezahlbare und sichere Energieversorgung

Europas Energieversorgung der Zukunft muss erneuerbar, bezahlbar und sicher sein. Wir alle haben zu spüren bekommen, was passiert, wenn unsere Energieversorgung zu einem großen Teil abhängig ist von Machthabern wie Wladimir Putin. Energiepreise sind in die Höhe geschossen und wir wurden erpressbar. Die Energiepreiskrise in Folge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine war eine Krise der fossilen Energieträger. Durch einen gemeinsamen Kraftakt haben wir es geschafft, kurzfristig unsere Abhängigkeit von Russland zu verringern. So etwas darf uns nicht noch mal passieren. Wir müssen die Vielfältigkeit des europäischen Kontinents und unterschiedliche Standortvorteile ausnutzen, um nachhaltige Energiequellen wie die Sonne oder den Wind möglichst effizient nutzen zu können, und in einer europäischen Energieunion gemeinsam unsere Energieversorgung sicherstellen.

Vollendung der europäischen Energieunion

Aus verbundenen nationalen Energienetzen muss ein europäisches Netz werden. Wir müssen gemeinsam verstärkt in den Ausbau von erneuerbaren Energien, grenzüberschreitenden Wasserstoffpipelines und Stromleitungen sowie in Elektrolyseure und Hafeninfrastruktur investieren. Wir brauchen einheitliche und kohärente Regulierungs- und Förderrahmenbedingungen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Planung und Genehmigung der Anlagen und Infrastrukturen für das klimaneutrale Zeitalter so einfach und unbürokratisch wie möglich werden. Dabei treiben wir auch den Aufbau eines europäischen Markts für grünen Wasserstoff voran. Bei der Gewinnung von
Biokraftstoffen darf es nicht zu einer Konkurrenz zur Nahrungsmittelerzeugung kommen.
In Kraftwerken wollen wir den Einsatz von Brennstoffen beenden, die den wichtigen und schrumpfenden CO2-Speicher Wald schwächen. Wir konnten im Rahmen des Green Deals erstmals durchsetzen, dass die EU-Mitgliedsstaaten die CO2-Speicherkapazitäten von Mooren, Wäldern und Wiesen steigern müssen. Bei der Bewertung der Nationalen Energie- und Klimapläne werden wir darauf achten,

dass die Pläne der Mitgliedsstaaten zur Nutzung von Bioenergie dem nicht zuwiderlaufen. Gleichzeitig wollen wir, dass die Verwertung von Siedlungs- und landwirtschaftlichen Abfällen zur Produktion von Biogasen möglich bleibt. Uns ist wichtig, dass die europäische Energieunion sich nicht nur auf die EU27 konzentriert, sondern auch für Mitglieder des Europäischen Wirtschaftsraums und die Beitrittskandidaten der EU offensteht. Diese Vollendung der Energieunion ist die Basis für die Modernisierung unserer Wirtschaft, Industrie und Gesellschaft.

Sichere internationale Energiebeziehungen

Europa wird Importeur von Energie, insbesondere auch sauberer Energie, bleiben, doch es darf keine einseitigen Abhängigkeiten mehr geben. Wir fordern deshalb eine Strategie zur Diversifizierung der globalen Energiebeziehungen der Europäischen Union. Wir wollen den Ausbau von erneuerbaren Energien in den Partnerländern unterstützen und einen weltweiten Handel mit Wasserstoff etablieren.

Verlässliche und bezahlbare Preise für Energie

Die beträchtlichen Schwankungen der Energiepreise haben Haushalte und Betriebe in der EU hart getroffen. Wir wollen aus diesem Grund eine tiefgreifende, strukturelle Reform des EU-Strommarktdesigns, um eine bessere Integration von erneuerbaren Energien in den Strommarkt sicherzustellen. Die Preisbildungsmechanismen sollen für Strom überprüft und auf erneuerbare Energien ausgerichtet werden, um Preis- und Einspeiseschwankungen zu begrenzen. Strom muss dauerhaft günstig werden. Mit einer
Reform der Strommarktdesigns und einem europäischen Rahmen für Brückenstrompreise wollen wir die Voraussetzungen für wettbewerbsfähige Strom- und Energiepreise in ganz Europa schaffen. Wir bekräftigen unsere Forderung auch nach einem nationalen Brückenstrompreis. Zugleich treiben wir den Ausbau der erneuerbaren Energien und der notwendigen Übertragungsinfrastruktur entschieden weiter voran.Zudem müssen ungerechtfertigte Gewinne wirksam vermieden und in Ausnahmefällen abgeschöpft werden. Kostenvorteile erneuerbarer Energien sollen an alle Energieverbraucherinnnen- und -verbrauchergruppen weitergegeben werden. Darüber hinaus weiten wir den Instrumentenkasten aus, der zur Erneuerung von Produktionsanlagen beiträgt, wie etwa europäische Klimaschutzverträge und Carbon Contracts for Difference. Wir lehnen die Förderung der Atomenergie durch EU-Mittel ab. Es sollen keine Steuergelder in die teure und unzuverlässige Hochrisikotechnologie Kernenergie fließen. Die Zukunft gehört den Erneuerbaren, die schon heute unsere günstigsten Energiequellen sind.

Energieeffizientes Wohnen

Wir unterstützen ausdrücklich die in der letzten europäischen Legislaturperiode begonnenen Initiativen, den Gebäudebestand in Europa fit für die Klimaziele 2030 bzw. 2045 zu machen. Energieeffiziente Wohngebäude sind gut für den Schutz des Klimas ebenso wie zur mittel- und langfristigen Senkung der Wohn- und Mietnebenkosten für alle Bürgerinnen und Bürger. Der Beurteilungsmaßstab für die Klimabilanz sollte jedoch immer das ganze Quartier oder die Gemeinde sein und nicht das einzelne Gebäude. Gleichzeitig lehnen wir jegliche Form von individuellen Sanierungspflichten für die Bürgerinnen und Bürger ab. Die Mitgliedsstaaten, die Kommunen und große Immobilienunternehmen sollten hier voranschreiten. Besitzerinnen und Besitzer sowie Vermieterinnen und Vermieter von Einfamilienhäusern oder Wohnungen müssen dabei unterstützt werden, den Weg bis 2050 selbstbestimmt und souverän zu gehen.

3. Sozialer Klima- und Umweltschutz

Der Klimawandel bedroht uns in unserer menschlichen Existenz. Schnelles Handeln ist erforderlich. Die Europäische Union muss bis 2050 klimaneutral sein. Deutschland leistet dafür mit seinem Klimaneutralitätsziel 2045 einen wichtigen Beitrag. Damit die EU bis spätestens 2050 klimaneutral wird,

unterstützen wir ein ambitioniertes wissenschaftsbasiertes Treibhausgas-Reduktionsziel für 2040. Für die Europäische Union als zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt ist das eine große Herausforderung, aber auch eine wirtschaftliche Chance. Wir sorgen dafür, dass sich alle den Wandel zur Klimaneutralität leisten und daran teilhaben können. Wenn Arbeitsplätze gesichert werden und der Staat in klimaneutrale Infrastruktur investiert, von der alle profitieren, dann hat Klimapolitik eine breite Akzeptanz. Die Umsetzung des Green Deals wird Energie günstiger und uns unabhängiger von fossilen Energie- und Rohstoffimporten machen. Die Energiewende ist eine gemeinsame europäische technische, aber auch soziale Aufgabe. Gemeinsam zeigen wir, dass konsequente Politik für Klimaschutz mit sozialer Sicherheit und gerechten Chancen Hand in Hand geht.

Sozialer Green Deal

Wir sind die Garanten dafür, dass der grüne Wandel in Europa gerecht abläuft und sozial gestaltet wird. Mit einer nachhaltigen Industrie- und Wirtschaftspolitik, die die Modernisierung der gesamten Wertschöpfungsketten in Europa in den Blick nimmt, werden Arbeitsplätze gesichert und sozialer Wohlstand geschaffen. Ein starker Sozialstaat und aktive Sozialpolitik mit starken nationalen sozialen Sicherungssystemen sorgen dafür, dass keiner im Wandel zurückbleibt und jeder vom Fortschritt profitiert. Dies soll unter anderem durch europäische und nationale Sozialdialoge unter Beteiligung der Gewerkschaften unterstützt und flankiert werden. Außerdem müssen die Gesetze zur Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz weiter an neue Klimarisiken angepasst und ein Recht auf Umschulung und Weiterbildung etabliert werden. Wir wollen europäisch wie national die in Porto vereinbarten Ziele erreichen und bis 2030 sicherstellen, dass mindestens 60 Prozent der Beschäftigten einmal pro Jahr an einer Weiterbildung teilnehmen. Wir wollen darüber hinaus einen feministischen Green Deal, in dem alle Vorhaben zur Bekämpfung der Klima-, Arten- und Verschmutzungskrise auf ihre geschlechterspezifischen Auswirkungen auf Frauen überprüft werden. Mit Instrumenten wie dem Just Transition Fund und dem Social Climate Fund sowie der Renovation Wave und der guten Umsetzung der europäischen Struktur- und Investitionsfonds wollen wir sicherstellen, dass alle Bürgerinnen und Bürger von einer grünen und nachhaltigen Zukunft profitieren. Wir werden diese Mittel zum Beispiel für energetische Sanierungen, den Ausbau von Ladeinfrastruktur für Elektromobilität und von öffentlichen Verkehrsmitteln in unterversorgten Gebieten nutzen.

Europäisches Emissionshandelssystem stärken

Wir wollen, dass die größten Verursacher von Emissionen für die Folgekosten des Klimawandels aufkommen. Deshalb werden wir das Europäische Emissionshandelssystem als einen der größten Hebel zur Senkung der EU-Emissionen weiter stärken. Der Europäische Emissionshandel II für Gebäude und Verkehr ab 2027 muss so weiterentwickelt werden, dass CO2-Preise besser berechenbar sind und die Risiken mit Investitionen in zukunftsfähigen Technologien somit reduziert werden.

Multilaterales Engagement für weltweite Klimaneutralität

Um unumkehrbare Veränderungen im Klimasystem zu verhindern, wie zum Beispiel das Versiegen des Golfstroms, müssen wir weltweit bis spätestens 2050 CO2-neutral wirtschaften und leben sowie die Energiegewinnung aus fossilen Energieträgern einstellen. Deshalb setzen wir uns gemeinsam mit unseren europäischen Partnern in multilateralen Foren wie dem UNFCCC weiterhin für einen ökologischen Umbau der Weltwirtschaft ein. Die Empfehlungen des UN-Weltklimarats (IPCC) sind dafür zentraler Maßstab. Neue Supermächte wie China, Indien und Brasilien werden eine größere Verantwortung in der Weltgemeinschaft zum Schutz des Klimas übernehmen müssen. Wir möchten mehr Länder motivieren, in den von Kanzler Olaf Scholz initiierten Klimaclub einzutreten, der mittlerweile auf 36 Staaten angewachsen ist, damit ein ehrgeiziger multilateraler Rahmen für eine schnelle Dekarbonisierung des Industriesektors geschaffen werden kann.

Internationale Klimafinanzierung aufstocken

Die Klimakrise ist auch eine Krise der internationalen Gerechtigkeit. Während sie insbesondere von den reichen Ländern verursacht wurde, ist sie besonders in den ärmeren Ländern zu spüren. Wir werden deshalb die internationale Klimafinanzierung aufstocken und uns für die Schaffung einer internationalen Transformationsbank einsetzen. Wir unterstützen die Bereitstellung finanzieller Hilfen bei klimabedingten Schäden und Verlusten der am stärksten von der Klimakrise betroffenen Staaten im Rahmen der UN-Klimakonvention. Wir möchten bilaterale Klimapartnerschaften auf europäischer Ebene besser koordinieren und neue Klimapartnerschaften initiieren und umsetzen. Die EU muss weiterhin als Klimavorreiterin und Brückenbauerin auf den internationalen Klimakonferenzen auftreten. Dafür ist auch die Aufwertung und personelle wie finanzielle Stärkung der Klimaaußenpolitik im Europäischen Auswärtigen Dienst und in den Vertretungen der EU weltweit notwendig.

Die Natur konsequent schützen

Die Klimakrise ist eng verknüpft mit der Krise der Artenvielfalt, die uns ebenso vor existenzielle Bedrohungen stellt. Die Übernutzung und Verschmutzung von Land und Meer sowie invasive gebietsfremde Tier- und Pflanzenarten haben zu einer starken Verschlechterung der biologischen Vielfalt und der Ökosysteme beigetragen. Wir werden deshalb die nötigen Maßnahmen treffen, um das Biodiversitätsabkommen von Montreal und die EU-Biodiversitätsstrategie umzusetzen. Wir streben eine nachhaltige Land- und Forstwirtschaft an und wollen 30 Prozent der Landes- und Meeresfläche der EU unter Schutz stellen. Hierbei werden wir die Flexibilität erhalten und sichern, die für den Ausbau der erneuerbaren Energien und der Produktion der dafür nötigen Anlagen ebenso wie der Netzinfrastruktur benötigt werden. Wir wollen einen verantwortungsvollen
Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen und die Gesundheit schützen. Deshalb werden wir die EU-Chemikalienpolitik so überarbeiten, dass auch potenziell schädliche Stoffe schneller eingeschränkt oder verboten werden und nicht in andere Teile der Welt exportiert werden dürfen. Vor allem dort, wo diese Stoffe eher als
Bequemlichkeitsstoffe eingesetzt werden, müssen wir ihren Gebrauch schnell einschränken. In anderen Bereichen braucht es die Entwicklung von Stoffen mit ähnlichen Eigenschaften, um schädliche Stoffe substituieren zu können. Der Einsatz soll damit in der Folge auch in diesen Bereichen eingeschränkt oder verboten werden können. Wir werden Maßnahmen zum Schutz der Natur weiter konsequent vorantreiben und fordern eine Null-Toleranz-Politik durch die Kommission, wenn EU-Richtlinien und -Verordnungen nicht eingehalten werden. Vertragsverletzungsverfahren aufgrund mangelnder Umsetzung von EU-Naturschutz müssen konsequent eingeleitet werden.

Investitionen in die Wiederherstellung von Natur

Nur das schützen, was noch gesund ist, reicht nicht mehr. Der Zustand unserer natürlichen Lebensgrundlage verschlechtert sich seit Jahren. Wir müssen die Natur wiederherstellen und das gestörte Gleichgewicht unserer Ökosysteme verbessern. Wir möchten deshalb ein ambitioniertes Gesetz zur Bodengesundheit verabschieden sowie ausreichende Mittel für die Wiederherstellung der Natur, auch im Rahmen der europäischen Agrarförderung, bereitstellen, um der um sich greifenden Flächenversiegelung und dem Verlust natürlicher Lebensräume in der EU entgegenzuwirken.

Eine zukunftsfähige Landwirtschaft

Die Gemeinsame Europäische Agrarpolitik muss mehr leisten, um ihre selbstgesteckten Umwelt- und Klimaziele zu erreichen. Gleichzeitig ist der Beitrag zur Einkommenssicherung der Landwirtinnen und Landwirte nicht ausreichend. Daher muss die europäische Landwirtschaft besser für die Zukunft aufgestellt werden. Damit Deutschland in Europa eine starke eigene landwirtschaftliche Basis behält,

brauchen die Landwirte gute und verlässliche Rahmenbedingungen. Im Wettbewerb müssen faire Bedingungen gelten und notwendige Veränderungen gerecht gestaltet werden. Zentral wird dabei zukünftig die Honorierung von öffentlichen Dienstleistungen, wie etwa von nachhaltigem Wirtschaften, dem Erhalt vielfältiger Kulturlandschaften, Umwelt-, Bestäuber-, Wasser- und Bodenschutz und dem Ausbau natürlicher CO2-Speicher sein. Dies soll in Zukunft neben fairen Preisen für erzeugte Lebensmittel auch ein Einkommen für die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen bieten. Wir streben eine Weiterentwicklung der Agrarförderung an, die Aspekte des Klimaschutzes, der Klimaanpassung und der biologischen Vielfalt noch stärker in den Fokus nimmt. Die Rahmenbedingungen für eine auskömmliche Landwirtschaft sind so zu schaffen, das eine umfassende Ernährungssicherung innerhalb Europas unter gleichzeitiger Wahrung der natürlichen Ressourcen und Einhaltung von Nachhaltigkeitskriterien (ökologisch, ökonomisch und sozial) noch besser abgesichert werden. Dringend notwendige Reformen, um die Agrarpolitik an die Ziele des Green Deals anzupassen, müssen dabei umgesetzt werden. Den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln wollen wir weiter deutlich verringern. Wir wollen den ökologischen Landbau dabei unterstützen, das Ziel von 25 Prozent Flächenanteil in Europa zu erreichen. Der verstärkte Einsatz von digitaler Technik, KI und Drohnen wird dabei eine zentrale Rolle spielen. Gentechnik im herkömmlichen Sinne lehnen wir ab. Den Einsatz neuer genomischer Techniken (CRISPR/Cas, Gen-Schere) werden wir ergebnisoffen prüfen. Dabei haben das Vorsorgeprinzip und damit einhergehend eine umfassende Risikoprüfung im Einzelfall vor jeder potentiellen Zulassung für uns oberste Priorität. Denn auch bei neuen Gentechniken kann es zu unerwünschten Effekten kommen. Verbraucherinnen und Verbraucher, die keine genveränderten Pflanzen auf ihren Tellern haben wollen, brauchen Wahlfreiheit. Im Falle einer Zulassung der neuen Gentechnik sind die Rückverfolgbarkeit und die Kennzeichnung von mit genveränderten Pflanzen hergestellten Produkten daher unverzichtbar.

Auf Initiative der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wird in dieser Förderperiode zum ersten Mal in der Geschichte der europäischen Agrarpolitik neben dem Schutz von Klima und Umwelt auch die Einhaltung von sozialen Mindeststandards zur Bedingung für das Erhalten von europäischen Geldern. Diese neu eingeführte soziale Komponente in der GAP muss ausgebaut werden. Lohnarbeiterinnen und -arbeiter sowie Saisonarbeitskräfte haben einen fairen Umgang verdient, und gute Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sowie faire Betriebsleiterinnen und -leiter müssen begünstigt werden.

Wasser als öffentliches Gut schützen

Weite Teile Europas leiden unter extremer Trockenheit bzw. Starkregenereignissen. Das verhindert nicht nur eine ertragsreiche Bewirtschaftung, sondern erhöht auch die Gefahr von Überschwemmungskatastrophen. Wir fordern deshalb eine europäische Wasser-Strategie, die bereichsübergreifend Wasserprobleme in den Blick nimmt und alle Wirtschaftssektoren sowie Verbraucherinnen und Verbraucher einbezieht. Wir wollen,
dass der Wasserrückhalt in der Landschaft verbessert wird.

Europäische Meeresschutz- und Fischereipolitik

Viele Fischpopulationen in der EU leiden unter Überfischung. Wir wollen eine europäische Fischereipolitik mit wissenschaftsbasierten Fangquoten, die die Erholung überfischter Fischbestände ermöglicht und die schädliche Fischereisubventionen beendet. Durch striktere Kontrollen illegaler, undokumentierter und unregulierter Fischerei wollen wir einer Überfischung zuvorkommen. Wir werden mindestens 30 Prozent der europäischen Meeresflächen unter Schutz stellen und bis 2030 mindestens 20 Prozent der geschädigten maritimen Ökosysteme wieder in einen guten Zustand bringen. Dabei ist uns ein offener Dialog mit der Fischereiwirtschaft wichtig, damit Investitionen, neue Geschäftsmodelle und Praktiken effektiv unterstützt und umgesetzt werden können.

Tierschutz verbessern

Tierleid ist nicht zu rechtfertigen, insbesondere nicht aus wirtschaftlichem Interesse. Bei der landwirtschaftlichen Tierhaltung müssen wir daher konsequent auf die Verbesserung des Tierwohls setzen. Wir fordern eine europaweit einheitliche Kennzeichnungspflicht der Haltungsformen sowie ein Tierwohllabel für alle tierischen unverarbeiteten und verarbeiteten Produkte, um den Verbraucherinnen und Verbrauchern aufgeklärte Kaufentscheidungen zu ermöglichen. Acht Stunden Transport von Lebendtieren muss das Maximum sein, das in der EU erlaubt ist. Zudem brauchen wir ein Verbot von Lebendtiertransporten in Drittstaaten, wo die Einhaltung der Tierschutzgesetzgebung nicht gewährleistet werden kann. Ebenso setzen wir uns weiter
für die Sicherung des Tierwohls von Wildtieren und Haustieren ein.

4. Digitalisierung für die Menschen

Digitalisierung und Künstliche Intelligenz (KI) verändern alle Bereiche unseres Lebens und Wirtschaftens. Wir brauchen deshalb eine kohärente und harmonisierte Digitalpolitik, die alle Lebensbereiche abdeckt und alle Europäerinnen und Europäer mitnimmt – eine echte Verwirklichung der Digitalunion. Europa hat in den letzten Jahren viele Meilensteine, wie z. B. den Digital Service Act, erreicht und bewiesen, dass ein geeintes Europa mit seinen Werten eine Vorreiterrolle in der digitalen Welt einnehmen kann, wenn es um die demokratische, souveräne und faire Gestaltung der Digitalisierung geht. Diesen Weg wollen wir fortsetzen. Wir wollen die Potenziale digitaler Technologien für Fortschritt und Wohlstand in Europa nutzen. Die jüngsten technischen Entwicklungen haben auch deutlich gemacht, dass wir uns unabhängiger und krisensicherer aufstellen müssen. Deshalb wollen wir die Entwicklung und die Produktionskapazitäten zur Herstellung digitaler Schlüsseltechnologien und Netzwerktechnologien sowie den Aufbau von Rechenkapazitäten beispielsweise für die Entwicklung von europäischen KI-Modellen in Europa sicherstellen und noch stärker als bisher fördern.

Bei all dem, was technisch möglich ist, stellen wir die Chancen in den Vordergrund, ohne dabei die Risiken und Herausforderungen aus den Augen zu verlieren. Die essenzielle Säule unseres Handels sind unsere gemeinsamen europäischen Werte und ein menschenzentrierter Ansatz in der digitalen Transformation.

Schutz, Vertraulichkeit und Souveränität im digitalen Raum

Im Analogen wie im Digitalen gilt: Wir setzen uns für den Schutz vor Diskriminierung ein und wollen, dass Grundrechte wie Datenschutz, Schutz der Privatsphäre sowie der Meinungs- und Versammlungsfreiheit gewährleistet sind. Dafür müssen Bürgerinnen und Bürger besser über ihre Rechte informiert werden. Im Falle von erheblichen Auswirkungen auf das Leben von Menschen müssen wir sicherstellen, dass es Menschen sind, die Entscheidungen abschließend treffen und die Kompetenzen haben, entsprechend zu handeln. Der Rechtsweg gegen die Entscheidung muss offenstehen.

Der Schutz der Privatsphäre und die Vertraulichkeit von Kommunikation sind zentrale Voraussetzungen für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Digitalisierung. Die Vertraulichkeit digitaler Kommunikation ist Voraussetzung für die Wahrung von Grund- und Freiheitsrechten und unsere Demokratie. Jegliche Form von Massenüberwachung lehnen wir daher ab. Das Umgehen oder Aufbrechen von Verschlüsselung, das Zurückhalten von Schwachstellen sowie den Einsatz von Spähsoftware durch private oder staatliche Stellen lehnen wir ab. Der anlasslosen Speicherung von Daten genauso wie der anlasslosen Kontrolle digitaler Kommunikation stellen wir uns ebenso entschieden entgegen.

Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger in einer digitalen Union die Kontrolle über ihre Daten haben. Digitale Profilbildung gefährdet Privatsphäre und Demokratie, kann zu Diskriminierungen sowie Irreführung und Manipulation für Werbezwecke und politische Beeinflussung führen. Die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) bedeutete einen Quantensprung in der Datenschutzpolitik und zeigt die herausragende Leistungsfähigkeit europäischer Lösungen. Sie hat sich weltweit zu einem Modell entwickelt, dem viele Staaten folgen. Zugleich hat sich beim Vollzug der DSGVO aber auch gezeigt, dass

einige Regeln über das Ziel hinausschießen und die Bürger und Bürger sowie kleine Vereine mit ehrenamtlichen Strukturen und kleine und mittlere Unternehmen mit mehr Bürokratie belasten als nötig. Wir setzen uns daher für eine konsequente Umsetzung und Weiterentwicklung der DSGVO ein. Neben einem hohen Niveau des Schutzes der Privatsphäre sowie der Verbraucherinnen und Verbraucher wollen wir auch Bürokratieabbau und den digitalen Fortschritt in den Blick nehmen. Die Regulierung von digitalen Plattformen werden wir dafür evaluieren und wenn nötig weiter verbessern.

Eine wirksame und kohärente Governance

Die EU hat in den letzten Jahren viele Rechtsakte wie den Digital Service Act (DSA, den Digital Markets Act (DMA und zuletzt den AI-Act auf den Weg gebracht. Wir wollen im nächsten Schritt dafür sorgen, dass zur wirksamen Umsetzung der Rechtsakte genügend Ressourcen zur Verfügung stehen, damit die Vorgaben in den Mitgliedsstaaten transparent, lösungsorientiert und einheitlich umgesetzt werden können.

Demokratieförderung und Kampf gegen Desinformation

Immer häufiger sehen sich Menschen mit Desinformation, sogenannten Deepfakes und anderen Manipulationen konfrontiert. Die bewusst oder fahrlässig herbeigeführte manipulative Wirkung von Fake News untergräbt die Solidarität in unserer Gesellschaft und die Widerstandsfähigkeit unserer Demokratie. Wir wollen die europäische Öffentlichkeit und unsere demokratischen Institutionen vor diesen Einflüssen schützen. Wir dürfen uns nicht nur auf Desinformation von außen konzentrieren, sondern müssen auch Desinformationen bekämpfen, die innerhalb der EU ihren Ursprung haben.

Dazu gehören klare Regeln für digitale Plattformen, wie sie in den letzten Jahren in Europa entwickelt wurden. Wir setzen uns für eine wirksame Durchsetzung dieser Regeln durch eine starke Governance ein, um Fake News und Hate Speech im Netz geschlossen zu begegnen. Zudem wollen wir den Aufbau sowie die Unterstützung europaweiter nicht-
kommerziell und dezentral organisierter digitaler Kommunikations- und Handelsplattformen fördern. Sie sollen eine echte Alternative zu den kommerziellen Plattformen bilden. Zudem braucht es wirksame Regeln und Sanktionen gegen sogenannte Deepfakes.

Das Recht auf Zugang zu Wissen ist eine der großen Errungenschaften der Aufklärung. Im analogen Zeitalter wurde dieser Zugang durch öffentliche Bibliotheken und Universitäten garantiert und gefördert. Im digitalen Raum ist der Zugang zu verlässlichen Informationen ungleich schwerer, häufig gelten z.B. für physische Bücher und eBooks andere Lizenzbedingungen, die Ergebnisse öffentlich finanzierter Forschung sind oft nicht frei verfügbar. Deshalb werden wir uns für einen Open Knowledge Act einsetzen, der hier Barrieren abbaut und Forscherinnen und Forschern aber auch Bürgerinnen und Bürgern einfacheren Zugang zu Wissen aller Art ermöglicht.

Digitale Souveränität sicherstellen

Zur Stärkung unserer digitalen Souveränität gehört neben klaren Regeln für digitale Märkte und Dienste sowie die grundrechtskonforme Nutzung von Daten auch eine stärkere technologische und wirtschaftliche Unabhängigkeit. Wir müssen bei der Entwicklung, Produktion und Anwendung digitaler Technologien unabhängiger werden und uns krisensicher gegen Einflüsse wie beispielsweise Cyberattacken aus dem Ausland, insbesondere zum Schutz kritischer Infrastrukturen, besser aufstellen. Digitale Plattformen und künftig Künstliche Intelligenz werden zu essenziellem Teil unserer Infrastruktur sowie der Daseinsvorsorge werden. In diesen Bereichen wollen wir die Abhängigkeiten von Herstellern außerhalb Europas minimieren. Auch müssen wir unsere demokratischen Prozesse einschließlich unserer Wahlen nicht nur vor Desinformation schützen, sondern auch vor Cyberattacken. Außerdem wollen wir, dass Unternehmen, die unsere Grundrechte achten und nicht ausbeuten, bei der öffentlichen Auftragsvergabe bevorzugt berücksichtigt werden. Schließlich sollte die Nutzung von Open Source vorangetrieben werden.

KI-Modelle mit europäischen Werten

Algorithmische Entscheidungssysteme können Verwaltungen entlasten, neue Jobs ermöglichen oder die Gesundheitsversorgung verbessern. Doch sie können auch Verbraucher- und Menschenrechte verletzen, und das gilt auch für andere Methoden der Künstlichen Intelligenz. Die Entwicklung und der Einsatz von Methoden der Künstlichen Intelligenz müssen europäischen Werten folgen. Deshalb wollen wir bei der Entwicklung und Verbreitung von KI-Modellen die erneute Dominanz großer Tech-Monopole verhindern. Insbesondere für den Einsatz in Verfahren der öffentlichen Verwaltung bzw. dort, wo großes öffentliches Interesse vorliegt, wie z. B. im Bereich Gesundheit, wollen wir im europäischen Maßstab und nach europäischen Werten allgemein zugängliche KI-Modelle entwickeln, um Abhängigkeiten zu vermeiden und globale Standards „Made in Europe“ zu setzen. Wir wollen die Mitgliedsstaaten zum Treiber dieser Entwicklungen machen, indem sie Innovationen „Made in Europe“ wie z.B. im Bereich KI oder künftig im Bereich Quantencomputing nachfragen und somit für deren Skalierung sorgen. Wir wollen den Zugang zu Fördermitteln vereinfachen und beschleunigen. Zudem wollen wir eine gebündelte europäische Spitzenforschung im Bereich KI ermöglichen, um Fachkräfte in Europa auszubilden und zu halten. Wir setzen uns für unabhängige Datenschutzbehörden, Folgeabschätzungen sowie Transparenz- und Kennzeichnungspflichten innerhalb der EU ein. Dies gilt insbesondere für KI-Basismodelle. Zudem gilt es, kleine und mittelständische Unternehmen beim Einsatz von KI zu unterstützen und Open-Source-Ansätze auch im Bereich KI zu fördern.

Ein offenes und freies Internet

Das Prinzip der Netzneutralität ist ein Eckpfeiler des offenen und freien Internets und steht auch beim Ausbau von Netzwerkinfrastrukturen nicht zur Debatte. Der faire, gleichberechtigte Zugang aller Nutzerinnen und Nutzer sowie Dienste zum Internet ohne Einschränkungen muss gewährleistet bleiben, jegliche Ungleichbehandlung bestimmter Inhalte durch die Netzanbieter lehnen wir ab. Dazu gehört auch, dass schnelles Internet für alle erschwinglich sein muss.

5. Europa zur Mobilitätsunion machen

Die Freizügigkeit von Waren, Dienstleistungen und Personen ist eine große Errungenschaft der Europäischen Union. Menschen nutzen sie privat wie geschäftlich. Die Herausforderung ist, Mobilität schnellstmöglich gleichzeitig klimaneutral, zuverlässig und bezahlbar zu gestalten. Gemeinsam mit unseren europäischen Partnern stellen wir uns dieser Herausforderung und leiten eine echte europäische Mobilitätswende ein. Dies erfordert eine Transformation in allen Verkehrsbereichen, einschließlich des Individualverkehrs, des öffentlichen Verkehrs und des Güterverkehrs. Verkehrsplanung aus europäischer Perspektive ist auch nötig, um Grenzregionen besser anzubinden. Damit fördern wir die wirtschaftliche Entwicklung in ganz Europa und eröffnen die Möglichkeit, auf klimaneutralere Verkehrsmittel umzusteigen. Gleichzeitig vereinfachen europäische Lösungen den Alltag für mobile Europäerinnen und Europäer.

Gemeinsame europäische Bahnstrecken voranbringen

Deutschland hat in Europa das größte Schienennetz. Wir sorgen dafür, dass eine Generalsanierung im Volumen von bis zu 45 Milliarden Euro durchgeführt wird. Diese gemeinsame nationale Anstrengung wollen wir auch dazu nutzen, in den Bau und Ausbau europäischer Bahnstrecken zu investieren. Aufbauend auf dem Ziel eines Deutschlandtakts wollen wir die Voraussetzungen für einen Europatakt schaffen, der neben der Steigerung der Pünktlichkeit auch die Anbindung an europäische Netze in den Vordergrund stellt. Wir werden die Kapazität, Zuverlässigkeit, Barrierefreiheit, Verfügbarkeit und den nahtlosen grenzüberschreitenden Betrieb des Schienengüterverkehrs in der Union erhöhen.

Europäische Züge als Alternative zum Flugzeug

Den Trend zum klimafreundlichen Nachtzug wollen wir aktiv fördern und ein europäisches Nachtzugnetz aufbauen. Kurzfristig wollen wir mehr ICE-Sprinter etablieren, vor allem in Konkurrenz zu

Kurzstreckenflügen. Bahnfahren soll innereuropäisch günstiger und attraktiver als Fliegen sein. Die Einrichtung von wettbewerbsfähigen und innovativen Hochgeschwindigkeitszugverbindungen und Nachtzügen sollte von allen Mitgliedsstaaten unterstützt werden, da sie eine umweltfreundliche und wettbewerbsfähige Alternative im internationalen Verkehr darstellen.

Saubere Mobilität für alle

Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzten wir uns dafür ein, dass alle Bevölkerungsgruppen Zugang zu klimafreundlichen Verkehrslösungen haben und dass niemand aufgrund des sozialen Status oder Einkommens benachteiligt wird. Dazu gehören auch die Förderung von öffentlichen Verkehrsmitteln in ländlichen Gebieten und die Erhaltung von guten Arbeitsplätzen im Verkehrssektor. Auch im öffentlichen Nahverkehr soll die Umrüstung auf klimaschonende Verkehrsmittel europaweit deutlich beschleunigt werden.

Europaticket für ÖPNV und europaweite Ticket-App

Das Deutschlandticket ist ein großer Erfolg. Wir wollen gemeinsam erreichen, dass es auch in unseren Nachbarländern, wie zum Beispiel Frankreich, anerkannt wird. Das soll Pendlerinnen und Pendler in Grenzregionen entlasten und den Urlaub vor Ort einfacher und preiswerter machen. Unsere Vision ist ein Europaticket in der gesamten EU. Zudem wollen wir eine verkehrsübergreifende, europaweite Buchungsmöglichkeit für internationale Züge, Busse und weitere Mobilitätsdienstleistungen im öffentlichen Auftrag etablieren – mit einer App mobil in der ganzen EU. Gemeinsam mit unseren Nachbarn wollen wir ein EU-weites Ticketsystem einführen. Vergünstigungen durch BahnCards sollten für grenzüberschreitende Verbindungen vollständig gültig sein.

Kostenloses Interrail-Ticket für alle 18-Jährigen

DiscoverEU ist ein Erfolgsprojekt der Europäischen Union. Jedes Jahr lernen Tausende junge Menschen mit einem kostenlosen Interrail-Ticket im Zug Europa kennen. Diese Möglichkeit sollen in Zukunft alle 18-Jährigen in der EU erhalten. Damit sich auch Jugendliche mit wenig Geld die Reisekosten leisten können, wollen wir eine unkomplizierte Förderung über Erasmus+ schrittweise möglich machen. Die DiscoverEU-Jugendkarte mit Rabatten für Unterkunft, Verpflegung, Sport, Kultur, Lernaktivitäten und ÖPNV wollen wir ausbauen.

Mehr Güterverkehr auf der Schiene

Wir streben eine wesentlich stärkere Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene an. Das ist ein wichtiger Schlüssel zur Erreichung der Energieeffizienz- und Klimaziele der Union. Wir müssen den Bahnsektor mehr unterstützen und die effizienteste Nutzung des Netzes fördern. Etwa drei Viertel des Güterverkehrs laufen derzeit über die Straße, das sind ca. 1,3 Millionen Lkw täglich. Allein 1 Güterzug könnte bis zu 62 Lkw ersetzen! Bis 2030 wollen wir den Anteil des Schienengüterverkehrs auf 30 Prozent des gesamten Güterfrachtverkehrs für Strecken über 300 Kilometer und bis 2050 auf mehr als 50 Prozent erhöhen. Der Schienengüterverkehr in der EU benötigt höhere Kapazität, Zuverlässigkeit, Verfügbarkeit und einen nahtlosen grenzüberschreitenden Betrieb. Dafür setzen wir auf effiziente europäische Güterverkehrskorridore und die Digitalisierung der Schiene. Insbesondere werden wir eine EU-weite Förderung zur flächendeckenden Einführung der Digitalen Automatischen Kupplung (DAK) vorantreiben.

Infrastruktur für elektro- und wasserstoffbetriebene Mobilität ausbauen

Wir wollen elektro- und wasserstoffbetriebener Mobilität den Weg bereiten. Dafür sollen überall mindestens alle 60 Kilometer E-Schnellladestationen und alle 200 Kilometer Tankstellen für Wasserstoff aufgebaut werden. Zudem wollen wir eine europäische Unterstützung durch gezielte EU-Fördergelder, Anschubfinanzierungen und Pilot-Projekte für Shared-Mobility-Angebote, für Mikro-Mobilität und auch für das autonome Fahren. Wir brauchen Verlässlichkeit durch klare europäische Regelungen und Förderungen.

Diese soll es auch für Forschung und Entwicklung geben sowie zur Ansiedlung von Schlüsseltechnologien, wie zum Beispiel für die Batteriezellen-
Industrie oder das autonome Fahren.

Klimaneutraler Flug- und Schiffsverkehr, europäische Häfen und Flughäfen

Nachhaltige Flugkraftstoffe, wie E-Kerosin, sind ein entscheidender Schritt, um die CO2-Emissionen der Luftfahrtindustrie drastisch zu reduzieren. Mehr als 200.000 zusätzliche Arbeitsplätze könnten so in Europa geschaffen werden. Dies bietet die Chance für neue Ausbildungs- und Fortbildungsmöglichkeiten im Bereich der Produktion von nachhaltigen Flugkraftstoffen. Uns ist wichtig, dass die Kraftstoffherstellung nicht in Konkurrenz zur Lebensmittelproduktion steht. Wir wollen ein EU-Label für die Umweltverträglichkeit von Flügen einführen. Dies ermöglicht den Passagierinnen und Passagieren, die Umweltbilanz von Flügen zu vergleichen und bewusste Entscheidungen zu treffen. Außerdem wollen wir die Vorgaben für den Einsatz nachhaltiger Kraftstoffe für Frachtschiffe erhöhen und Hafenstädte bei der zügigen Installation von Landstromanlagen unterstützen.

6. Finanzierung der Zukunft

Der ökologische und digitale Umbau der europäischen Wirtschaft und unserer Gesellschaft ist mit einem hohen Investitionsbedarf verbunden. Dazu gehören staatliche genauso wie private Investitionen. Es handelt sich ohne Zweifel um eine enorme Kraftanstrengung, aber eines ist klar: Wir investieren in unseren künftigen Wohlstand und eine lebenswerte Zukunft. In Zeiten fortdauernder wirtschaftlicher Unsicherheit setzen wir auch weiterhin auf fiskalische Spielräume innerhalb der EU. Bei der Bewältigung der Pandemie haben wir gesehen, welche Rolle eine weitsichtige Fiskalpolitik für die Stabilisierung der Wirtschaft spielen kann. Diese staatliche Handlungsfähigkeit in Krisenzeiten bleibt weiter wichtig. Dabei sollten die Innovationskraft, die Anpassungsfähigkeit und die Leistungsfähigkeit von Unternehmen entscheidend sein und nicht die fiskalische Leistungsfähigkeit einzelner Mitgliedsstaaten.

Gemeinsam in die Zukunft investieren

Mit den historischen Beschlüssen zum europäischen Wiederaufbaufonds sind wir unter der Führung des damaligen Bundesfinanzministers Olaf Scholz mutig neue Wege gegangen. Next Generation EU hat einen entscheidenden Impuls für nachhaltige Zukunftsinvestitionen gegeben. Zusammen mit dem Kriseninstrument für Kurzarbeit SURE konnten wir eine schlagkräftige Antwort auf die Krise in der Pandemie geben. Wir wollen aus diesem starken Zeichen der europäischen Solidarität einen dauerhaften Integrationsfortschritt machen. Wir setzen uns für dauerhaft geeignete Instrumente ein, um die europäische Wirtschaft und ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Transformation zu unterstützen und akuten Krisensituationen auch durch eine gemeinschaftliche Kreditaufnahme solidarisch zu begegnen. Denn mehr öffentliche Mittel sind notwendig, um die Herausforderungen der sozial-ökologischen Transformation zu meistern. Das Kriseninstrument SURE möchten wir weiterentwickeln und sicherstellen, dass alle Mitgliedsstaaten auch in Zeiten schwerer wirtschaftlicher Krisen ihre wichtigen sozialen Sicherungssysteme, durch eine dauerhafte europäische Arbeitslosenrückversicherung erhalten können, ohne dass es hierbei zu dauerhaften Finanztransfers kommt.

Spielräume für Investitionen schaffen

Wir wollen das europäische Beihilferecht reformieren und damit ermöglichen, dass notwendige Investitionen auch zur rechten Zeit getätigt werden können. Dafür wollen wir Genehmigungsverfahren beschleunigen. Die Genehmigung von Beihilfen sollte dabei konsequent an die Einhaltung sozialer und ökologischer Kriterien geknüpft werden. Auch Staaten mit einem höheren Schuldenstand müssen in der Lage sein, die klimaneutrale und digitale Transformation zu meistern und soziale Investitionen zu tätigen. Wir brauchen daher dringend eine entschlossene, koordinierte und solidarische europäische

Investitionspolitik. Der Umbau der europäischen Wirtschaft kann nur gelingen, wenn Unternehmen in allen Mitgliedsstaaten von öffentlichen Unterstützungsmaßnahmen profitieren. Andernfalls droht eine Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit des Binnenmarktes als Ganzes, was zum Nachteil der deutschen Wirtschaft ist, die am meisten von einem leistungsfähigen Binnenmarkt profitiert. Eine Flexibilisierung des EU-Beihilfenrechts verlangt daher, dass fiskalisch schwächere Mitgliedsstaaten europäische Mittel im Sinne einer gemeinsamen Investitionspolitik einsetzen können.

Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes

Den Stabilitäts- und Wachstumspakt werden wir weiterentwickeln. Es geht darum, Zukunftsinvestitionen für den klimagerechten Umbau unserer Wirtschaften und die Digitalisierung zu ermöglichen. Es geht darum, realistische und verbindliche Regeln zum Schuldenabbau zu verankern und gleichzeitig die Nachvollziehbarkeit und Transparenz des Paktes zu verbessern. Wir werden tragfähige Staatsfinanzen in allen europäischen Ländern sichern, ohne dass die rigide Sparpolitik nach Europa zurückkehrt. Der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung ist in diesem Sinne gelungen, eine Einigung unter den Mitgliedstaaten auf eine Reform der europäischen Fiskalregeln zu erreichen. Anders als die Konservativen in der Finanzkrise hat sie in diesem sensiblen Thema Europa zusammengeführt, statt zu spalten. Es wird den Mitgliedsstaaten zukünftig ermöglicht, individuelle Schuldenpfade mit der Europäischen Kommission zu vereinbaren, die sich an realistischen gemeinsamen Standards orientieren. Starre Vorgaben zur Kreditaufnahme für die Mitgliedsstaaten lehnen wir ab, sie verhindern Investitionen und beeinträchtigen die Handlungsfähigkeit der Staaten. Wir setzen uns für eine weitere Demokratisierung im Bereich der wirtschaftspolitischen Koordinierung sowie die Stärkung der Rolle des Europäischen Parlaments im Europäischen Semester ein. Die Politikempfehlungen im Rahmen des Europäischen Semesters müssen im Einklang mit grundlegenden Politikzielen der EU, wie etwa dem Green Deal oder der Europäischen Säule Sozialer Recht stehen.

Wettbewerbsfähige Finanzierung europäischer Unternehmen

Um Investitionen zu fördern und die wettbewerbsfähige Finanzierung europäischer Unternehmen sicherzustellen, soll endlich ein gemeinsamer funktionierender europäischer Kapitalmarkt geschaffen werden. Hierfür werden wir den politischen Druck für die Vollendung der Banken- und vor allem der Kapitalmarktunion mit angemessener Aufsicht erhöhen. Auf diese Weise kann privates Kapital grenzüberschreitend mobilisiert und in Unternehmen gelenkt werden. Diese Unternehmen, insbesondere kleine und mittlere, können den Kapitalmarkt so leichter und stärker als bisher als Finanzierungskanal nutzen. Gleichzeitig profitieren Sparerinnen und Sparer von einem breiteren Zugang zu Anlagemöglichkeiten für den Vermögensaufbau und die Altersvorsorge. Außerdem kann eine vollendete Kapitalmarktunion durch eine stärkere Diversifikation bei Unternehmensfinanzierungen einen wichtigen Beitrag für die Stärkung der Finanzstabilität leisten und darüber hinaus die internationale Wettbewerbsfähigkeit verbessern. So werden wir einen integrierten und liquiden europäischen Kapital- und Bankenmarkt schaffen und die finanzielle Fragmentierung innerhalb Europas auflösen. Damit fördern wir Wachstum und Arbeitsplätze und verbessern den Schutz von Anlegerinnen und Anlegern. Besonders müssen die Möglichkeiten für Start-ups in Europa deutlich gestärkt werden.

Perspektiven für Stadt und Land schaffen

Alle Menschen sollen die gleichen Chancen zur Lebensverwirklichung erhalten – unabhängig davon wo sie leben. Ländliche Räume sowie Klein- und Mittelstädte nehmen über 80 Prozent der Fläche der EU ein. Rund ein Drittel der gesamten EU-Bevölkerung sind dort beheimatet. Diese Regionen erbringen als Lebens-, Wirtschafts-, Erholungs-, Kultur- und Umwelträume vielfältige und zentral wichtige Funktionen für die Gesellschaft. Unser Ziel ist es, Städte, Küstenregionen und ländliche Gebiete bei dem nachhaltigen Wandel unserer Gesellschaften zu unterstützen und zu verhindern, dass einzelne Regionen in der Transformation abgehängt werden. Eine Investitionspolitik, die Menschen zeigt, was Europa konkret für

sie tut, hat sich insbesondere in Ostdeutschland bewährt und den Aufholprozess in den neuen Ländern zum Erfolg gemacht. Wir setzen auch in Zukunft auf eine tragfähige Mittelausstattung für die europäische Regionalpolitik. Unsere Städte und Regionen sollen weiterhin gemeinsam mit den Sozialpartnern und der Zivilgesellschaft so unbürokratisch wie möglich entscheiden können, welche Investitionen vor Ort sie mit EU-Geldern mitfinanzieren wollen. Ab 2028 wollen wir die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds zu einem echten Transformationsinstrument erweitern, das einen sozial gerechten Wandel sicherstellt und zugleich Innovation fördert. Wir schützen die EU-Strukturfonds noch besser vor dem Missbrauch durch autoritäre Regierungen.

Ein schlagkräftiger EU-Haushalt

Wer die Europäische Union weiterentwickeln will, muss bereit sein, ihren Haushalt entsprechend mit finanziellen Mitteln auszustatten. Wir wollen einen europäischen Haushalt, der den Herausforderungen unserer Zeit gewachsen ist. Wir fordern, dass 2027 für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen in den zentralen Politikbereichen der EU, die einen erkennbaren europäischen Mehrwert liefern, zusätzliche Mittel investiert werden. Für uns gilt: Wenn die EU wie in den vergangenen Jahren vielfältige neue Aufgaben übernimmt, soll sie auch die dazu nötigen Mittel erhalten.

Dafür wollen wir die EU finanziell unabhängiger von den nationalen Regierungen machen. Wir wollen den deutschen Haushalt von Beiträgen in den europäischen Haushalt entlasten und diese durch echte Eigenmittel für die EU ersetzen. Es muss der Grundsatz gelten: Einnahmen, die durch europäische Politiken entstehen, gehören in den EU-Haushalt.

Um die Einnahmenseite zu stärken, braucht es eine europäische Koordinierung und Regelungen in der Unternehmensbesteuerung, die Steuervermeidung und -hinterziehung durch international aktive Unternehmen wirksam verhindern. Mit der Mindestbesteuerung von 15 Prozent auf OECD-Ebene haben wir einen wichtigen Meilenstein bereits erreicht, nun kommt es darauf an, die Vereinbarungen in allen Mitgliedsstaaten umzusetzen und mit den Mitteln den EU-Haushalt zu stärken. Unser Ziel ist eine einheitliche Basis-
Körperschaftssteuer von 15 Prozent auf einer einheitlichen Bemessungsgrundlage in
Europa. Außerdem wollen wir kurzfristig eine umfassende Finanztransaktionssteuer auf alle Wertpapier- und Devisentransaktionen sowie ein EU-Eigenmittel durch die Besteuerung von Aktienrückkäufen von Unternehmen einführen. Zudem stärken wir den EU-
Haushalt durch Einnahmen aus dem neuen CO2-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM.

Eigenmittel sollen dabei nicht nur eine Einnahmefunktion erfüllen, sondern auch zur Erreichung unserer politischen Ziele beitragen. Als Partei der sozialen Gerechtigkeit wollen wir die soziale Ungleichheit in Europa bekämpfen. Deshalb müssen EU-Mittel an Kriterien wie gute Arbeit und Tarifbindung gekoppelt werden.

III. Ein starkes Europa in der Welt

Die Zunahme an Konflikten in der Welt führt schon jetzt dazu, dass Menschen bei uns Schutz oder ein besseres Leben suchen, sie führt zu steigenden Preisen und Lieferengpässen. Die Regeln und Institutionen der globalen Zusammenarbeit stehen immer mehr unter Druck, und der Krieg in der Ukraine hat die europäische Sicherheitsarchitektur ernsthaft erschüttert.

Wir brauchen deshalb ein starkes Europa, das unsere gemeinsamen Werte Frieden, Freiheit und Demokratie verteidigt und sich als Friedensmacht in der Welt engagiert. Ein Europa, das auch international gegen Armut und Ausgrenzung und für Frieden, Entwicklung und Menschrechte eintritt. Die Erweiterungspolitik der EU ist ein Instrument von enormer transformativer Kraft. Ein wachsendes Europa muss ein besseres Europa sein. Das Europa von 35 und mehr Staaten kann nicht so geführt werden, wie

das heutige Europa der 27. Deshalb treten wir ein für innere Reformen, für reformierte Institutionen und schlankere Entscheidungswege. Erweiterung und Reform müssen Hand in Hand gehen.

Die Europäische Union zeigt schon jetzt, dass Kooperation uns stärker macht als Konfrontation. Deshalb gilt es, noch stärker nach Gemeinsamkeiten der Mitgliedsstaaten zu suchen und mit einer Stimme in der Welt zu sprechen. Wir werden die europäische Handelspolitik neu ausrichten und verstärkt in strategische Partnerschaften investieren – zur Sicherung wichtiger Ressourcen, aber auch um uns für friedliche Konfliktlösung, eine nachhaltige Entwicklung und ein neues Vertrauen in die internationalen Beziehungen zu engagieren. Dabei werden wir den Ländern des Globalen Südens als gleichberechtigte Partner begegnen und uns dafür engagieren, dass die feministische Perspektive stets berücksichtigt wird. Wir wollen eine solidarische Migrations- und Geflüchtetenpolitik, die Humanität und Ordnung miteinander verbindet.

1. Für ein friedliches Europa

Der russische Angriff auf die Ukraine hat Krieg zurück auf den europäischen Kontinent gebracht. Aus der Entspannungspolitik unter Willy Brandt wissen wir, dass militärische Stärke wichtig ist, um das Friedensprojekt Europa zu schützen. Deshalb wollen wir den europäischen Pfeiler in der NATO stärken und mehr Verantwortung für unsere eigene Sicherheit übernehmen. Durch die dauerhafte Stationierung einer deutschen Brigade in Litauen sowie die von Olaf Scholz angekündigte Investition in die gemeinsame Luftverteidigung (European Sky Shield Initiative, ESSI) erhöhen wir unseren Beitrag zur NATO bereits qualitativ und konzeptionell – dieses Engagement wollen wir weiter ausbauen. Gleichzeitig setzen wir als die Friedenspartei in Deutschland auch weiterhin auf Diplomatie und Dialog, auf zivile Krisenprävention und Friedensförderung sowie auf Abrüstung und Rüstungskontrolle. Sicherheit und Frieden gehören untrennbar zusammen, aber Frieden ist mehr als Sicherheit. Der Dreiklang von Außen-, Entwicklungs- und Verteidigungspolitik bleibt deshalb der Grundpfeiler sozialdemokratischer internationaler Politik.

Vision einer europäischen Armee

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben schon lange die Vision einer europäischen Armee, denn wir wissen, durch gemeinsame Investitionen und Organisation unserer Streitkräfte können wichtige Synergieeffekte erzielt werden. Im Sinne des strategischen Kompasses der Europäischen Union möchten wir, dass diese eine handlungsfähigere Sicherheitsakteurin wird. Auch wenn die NATO ihre zentrale Rolle für unsere Bündnisverteidigung behält, wollen wir Europa in die Lage versetzen, Sicherheit vor externen Bedrohungen zunehmend eigenständig zu gewährleisten. Wir setzen uns für mehr Harmonisierung in der Ausbildung von Soldatinnen und Soldaten in der EU sowie die Stärkung von effizienten und gleichzeitig demokratisch legitimierten Entscheidungsstrukturen in der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ein. Dazu gehören für uns insbesondere auch die Einbeziehung des Europäischen Parlaments, die Stärkung des Amts des Hohen Vertreters bzw. der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik und die Einrichtung eines eigenständigen Rats der Verteidigungsministerinnen und -minister.

Mehr gemeinsame europäische Beschaffung

Mit dem Sondervermögen für die Bundeswehr haben wir bewiesen, dass wir bereit sind, die nötigen finanziellen Ressourcen in die Hand zu nehmen, um Europa im Bereich der Sicherheit und Verteidigung handlungsfähiger zu machen. Wir müssen sicherstellen, dass die angestoßenen Investitionen fortgeführt werden und setzen uns daher für eine nachhaltige Verteidigungsfinanzierung von mindestens 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes ein. Wir wollen mehr Anreize für kollaborative Ausgaben für Verteidigung auf europäischer Ebene setzen, indem wir europäische Fonds (EDF, EDIP) substanziell besser ausstatten. Wir setzen uns für mehr Transparenz in der koordinierten europäischen Verteidigungsplanung ein, damit der Druck auf Mitgliedsstaaten erhöht wird, ihre Verpflichtungen auch zu erfüllen. Ebenso wollen wir mehr

Synergien zwischen den NATO- und EU-Planungsprozessen erzeugen und die verschiedenen Innovationsinitiativen besser koordinieren.

Ein europäischer Binnenmarkt für Verteidigung

Durch mehr gemeinsame Entwicklung und Beschaffung wollen wir mehr Standardisierung und Interoperabilität in Europa erreichen. Wir wollen gemeinsame Rüstungsprojekte aktiv befördern und finanziell unterstützen. Dabei setzen wir auch auf einheitlichere Zertifizierungsverfahren sowie Beschaffungszyklen. Es geht ebenso darum, Regularien in Europa zu harmonisieren, um den Transport von Verstärkungskräften an die NATO-
Ostflanke zu erleichtern und zu beschleunigen. Und es geht um eine schrittweise Liberalisierung des europäischen Verteidigungsmarktes für Produkte, die nicht als nationale Schlüsseltechnologien gelten.

Abrüstung und Rüstungskontrolle aktiv verfolgen

Insbesondere in Zeiten der weltweiten Aufrüstung ist es unsere Pflicht als Europäerinnen und Europäer, Initiativen zur Abrüstung und Rüstungskontrolle aktiv voranzutreiben, denn sie sind Teil einer vorausschauenden Sicherheitspolitik. Wir werden uns deshalb aktiv für ein internationales Regelwerk zu bewaffneten Drohnen einsetzen sowie Rüstungskontrolle und wirksame Regulierung in den Bereichen Biowaffen, Cyber und Künstliche Intelligenz etablieren. Wir halten an dem langfristigen Ziel einer atomwaffenfreien Welt fest.

Gemeinsame europäische Rüstungsexportpolitik

Der Krieg in der Ukraine hat deutlich gemacht, dass wir einen strategischeren Ansatz in unserer Rüstungsexportpolitik benötigen. Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben wir jede Waffenlieferung an die Ukraine vorsichtig abgewogen. Für einen Binnenmarkt der Verteidigung ist ein Übereinkommen über Rüstungsexporte auf europäischer Ebene notwendig – unterschiedliche Regeln stehen der gemeinsamen Entwicklung und Produktion entgegen. Wir setzen uns daher für eine gemeinsame und koordinierte europäische Rüstungsexportpolitik ein, die sich an gemeinsamen Werten und strategischen Prioritäten orientiert. Europäische Rüstungsgüter dürfen nicht in die falschen Hände geraten. Wir müssen gleichzeitig unsere strategischen Partner besser und zuverlässiger unterstützen.

2. Eine Europäische Union für alle Europäerinnen und Europäer

Die Erweiterungspolitik der EU war und ist ein Motor für Frieden, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Wohlstand in Europa. Wir wollen diese Erfolgsgeschichte fortschreiben. Die Gelegenheit, unsere europäischen Nachbarn bei einer dauerhaften demokratischen Transformation zu begleiten, wollen wir nutzen, auch, damit nicht andere Akteure an die Stelle der EU treten. Denn die Erweiterungspolitik der EU ist eines der wichtigsten Instrumente der EU-Außenpolitik.

Beitritt der westlichen Balkan-Staaten beschleunigen

Vor über 20 Jahren, hat die EU den Staaten des westlichen Balkans eine Beitrittsperspektive gegeben. Nach jahrelanger Verzögerung ist es nun allerhöchste Zeit, die Staaten des westlichen Balkans zügig in die Mitte unserer Gemeinschaft aufzunehmen, wenn die Beitrittskriterien erfüllt sind. Wir setzen uns generell dafür ein, dass erkennbare Zwischenschritte im Erweiterungsprozess etabliert werden und wollen prüfen, inwiefern zum Beispiel der Zugang zum gemeinsamen Binnenmarkt schon vor der vollständigen EU-Mitgliedschaft gewährt werden kann.

Ukraine als Teil der EU

Wir wollen, dass die Ukraine und Moldau ein Teil der EU werden, sobald sie die Aufnahmekriterien erfüllen. Bürgerinnen und Bürger wie Regierung in beiden Ländern lassen keinen Zweifel daran, dass sie die europäische Idee zu leben bereit sind, sich schon heute an den gemeinsamen Werten orientieren und sich nach dem Schutz der Gemeinschaft, in Frieden und Freiheit leben zu können, sehnen. Für eine

erfolgreiche Osteuropapolitik wollen wir die Voraussetzungen für die Aufnahme der Ukraine, Moldaus und perspektivisch Georgiens schaffen und den Aufnahmeprozess in die EU politisch absichern. Mit der Erweiterung setzen wir ein klares Zeichen gegen die einseitigen Grenzverschiebungen durch Putins Russland, bekennen uns zum gemeinsamen Wiederaufbau der Ukraine und ermöglichen den Menschen, die nach Frieden, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie streben, den Zugang zu unserer Wertegemeinschaft.

Europäische Werte als Grundvoraussetzung

Wir werden die Aufnahme neuer Mitgliedsstaaten noch stärker als bisher an unseren europäischen Grundwerten ausrichten und Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit in den Vordergrund des Prozesses stellen. Die Kopenhagener Kriterien müssen als Grundvoraussetzung immer erfüllt sein. Wenn grundlegende Prinzipien der EU missachtet werden, muss die EU konsequent sein und den Wertekanon der EU auch gegenüber Mitgliedsstaaten schützen.

Beziehung zu unseren Nachbarn vertiefen

Wir wollen flexibler werden in der Zusammenarbeit mit unseren europäischen Nachbarn, denn wir profitieren davon, sie näher an uns zu binden. Dafür erkennen wir neben bereits länger etablierten Kooperationsformen auch das Potenzial der sogenannten Europäischen Politischen Gemeinschaft an. Auch unabhängig vom EU-Erweiterungsprozess ist es zentral, Vertrauen aufzubauen und aktiv mit unseren Nachbarn gemeinsame Interessen zu identifizieren, zum Beispiel in den Bereichen nachhaltige Energie, Infrastruktur und Sicherheit.

Auch dem demokratischen Ostseeraum kommt eine wichtige Rolle zu. Er gehört zu den innovativsten und wettbewerbsfähigsten Regionen der Welt. Zu den notwendigen Transformationsleistungen kommen weitere Herausforderungen, die alle Ostseeanrainer gleichermaßen betreffen: der Schutz der Ostsee, das Erlangen von Energieunabhängigkeit, die Neuausrichtung der Sicherheitspolitik, die Bewältigung der Folgen des demografischen Wandels, die Sicherung der Daseinsvorsorge, insbesondere in den ländlichen Räumen, die zukunftsorientierte Entwicklung der Digitalisierung oder die sichere Nutzung von Künstlicher Intelligenz.

3. Die Handlungsfähigkeit der EU stärken

Die Erweiterung der Europäischen Union muss mit Vertragsreformen Hand in Hand gehen. Nur eine handlungsfähige und souveräne Europäische Union wird in der Lage sein, neue Mitglieder aufzunehmen. Schon heute – mit 27 Mitgliedsstaaten – erschweren die Entscheidungsprozesse das Vorankommen der Union und ihre Reaktionsfähigkeit in Krisenzeiten. Angesichts globaler Herausforderungen braucht es effiziente demokratische Entscheidungsstrukturen, die der steigenden Komplexität Rechnung tragen. Eine Grundvoraussetzung für die Erweiterung der Europäischen Union ist daher die Umsetzung institutioneller Reformen. Zu diesem Ergebnis kommt auch die Konferenz über die Zukunft Europas, an der sich Tausende europäische Bürgerinnen und Bürger beteiligt haben. Gleichzeitig wollen wir das Fundament – die Werte und Demokratien –, auf denen die Europäische Union gebaut ist, stärken. Die Frage der Rechtsstaatlichkeit ist keine innere Angelegenheit des jeweiligen Mitgliedsstaates, sondern ihre Verletzung ist eine Gefahr für die gesamte Union. Nur wenn die EU es schafft, sich ihrer inneren Demokratiefeinde zu erwehren, kann sie sich auch glaubhaft für ihre Werte in der Welt einsetzen.

Entscheidungsprozesse reformieren

Vetorechte einzelner Mitgliedsstaaten im Europäischen Rat, die das Vorankommen der Union schon heute behindern und als Druckmittel eingesetzt werden, müssen der Vergangenheit angehören. Ein wesentlicher Bestandteil institutioneller Reformen ist es daher, das Einstimmigkeitsprinzip im Rat, wo es heute noch gilt, durch die Einführung von Mehrheitsentscheidungen abzulösen. Das macht die EU schlagfertiger, handlungsschneller und demokratischer. Wenn ein souveränes Europa unser Anspruch ist, dann sind

Mehrheitsentscheidungen ein Gewinn und kein Verlust an Souveränität.

Gemeinsame Werte durchsetzen

Die gemeinsamen europäischen Werte gelten für alle Mitgliedsstaaten – ohne Ausnahme. Wir setzen uns nachdrücklich für den Schutz von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten in der EU ein. Hierzu setzen wir bestehende Schutzinstrumente mit größerer Härte ein und entwickeln neue Instrumente zum Schutz unserer gemeinsamen Werte. So wollen wir bei Rechtsstaatsverstößen Vertragsverletzungsverfahren deutlich konsequenter einsetzen als bisher. Zudem muss der Europäische Rat dringend das Grundwerte-Verfahren des Artikels 7 des Vertrags über die Europäische Union (EU-Vertrag) anwenden und Mitgliedsstaaten, die systematisch gegen Grundwerte verstoßen, das Stimmrecht entziehen. Nur so können wir kurzfristig verhindern, dass zunehmend undemokratische Mitgliedsstaaten ihre Vetorechte missbrauchen und die Union in Geiselhaft nehmen.

Dafür ist es auch notwendig, das Grundwerte-Verfahren des Artikel 7 EU-Vertrag anzupassen. Das Europäische Parlament braucht mehr Mitspracherechte und im Rat darf es nicht länger möglich sein, dass einzelne Mitgliedsstaaten Sanktionen blockieren können. Zudem fordern wir, dass die EU-Kommission Mitgliedsstaaten vor den Europäischen Gerichtshof bringt, die gegen die Werte aus Artikel 2 EU-Vertrag verstoßen. Künftig sollte es auch nicht mehr möglich sein, dass Staaten, die in schwerwiegender Weise gegen die in Artikel 2 genannten Werte verstoßen, die EU-Ratspräsidentschaft übernehmen.

Verstöße finanziell sanktionieren

Außerdem braucht es verschärfte finanzielle Sanktionsmöglichkeiten für Verstöße gegen die gemeinsamen Werte der EU. In den vergangenen Jahren haben wir erreicht, dass Rechtsstaatssündern EU-Gelder vorenthalten werden können. Dieses Mittel müssen wir auf alle Verstöße gegen die Werte des Artikels 2 EU-Vertrag ausweiten, insbesondere auch dann, wenn der Haushalt der Union nicht unmittelbar bedroht ist. Dabei muss die Europäische Kommission hier in Zukunft konsequenter vorgehen. Schließlich fordern wir eine unabhängige Kopenhagen-Kommission, die überwacht, ob Kommission und Rat die bestehenden Instrumente anwenden.

Europäische Demokratie stärken

Ein zentrales Element für eine Stärkung der europäischen Demokratie ist der Ausbau der Rolle des Europäischen Parlaments als zentraler Ort der Vertretung der Bürgerinnen und Bürger. Hierzu gehört ein echtes Initiativrecht, mit dem die direkt gewählten Volksvertreterinnen und -vertreter Gesetzvorhaben auf den Weg bringen, statt wie bisher nur Vorschläge durch die Kommission einfordern zu können.

Wir werden zudem den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit geben, die Leitung der EU-Kommission durch ihr Kreuz am Wahltag direkt mitzubestimmen, indem wir uns für eine rechtliche Verankerung des Spitzenkandidatenprinzips einsetzen. Wer Kommissionspräsidentin bzw. -präsident werden kann, soll vorher transparent und für alle Bürgerinnen und Bürger ersichtlich feststehen. Dann können die Menschen in der EU die künftige Ausrichtung der europäischen Politik direkt beeinflussen und maßgeblich zur Stärkung der demokratischen Legitimität der Europäischen Union beitragen. Wir vereinen außerdem Kandidatinnen und Kandidaten aus unterschiedlichen Mitgliedsstaaten in einem europäischen Wahlkreis. Diese transnationalen Listen würden die europäische Dimension der Europawahlen stärken und europäische Themen im Wahlkampf in den Vordergrund stellen. Selbstverständlich ist dabei, dass wir uns für paritätisch besetzte Wahllisten einsetzen, damit sich der Frauenanteil in der Gesellschaft auch im Europäischen Parlament widerspiegelt.

Europapolitik, die den Menschen zuhört

Die Demokratie ist Garantin für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Europäischen

Institutionen und Entscheidungsprozesse. Nur in einer starken und lebendigen Demokratie können Menschen ihre Wünsche und Interessen frei artikulieren und gemeinsam in der Gesellschaft umsetzen. Die Konferenz zur Zukunft Europas als innovative und partizipatorische Form der Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung hat klar den Wunsch nach einer handlungsfähigeren Europäischen Union gezeigt. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Vorschläge auch Geltung in der europäischen Gesetzgebung finden. Insbesondere wollen wir dem Vorschlag folgen, das Einstimmigkeitsprinzip dort abzuschaffen, wo es bereits heute im Rahmen der bestehenden Verträge möglich ist. Für die Umsetzung einiger weitergehender Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger ist eine Änderung der EU-Verträge notwendig, da sie entweder Politikbereiche betreffen, in denen die EU noch keine Kompetenzen besitzt oder eine Änderung der institutionellen Architektur der EU notwendig wäre. Daher werben wir bei unseren europäischen Partnern für die Einsetzung eines europäischen Konvents.

Durch Transparenz Vertrauen schaffen

Wir wollen sicherstellen, dass Entscheidungen im Sinne des Gemeinwohls getroffen werden, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die EU-Organe zu stärken. Dafür erhöhen wir die Transparenz und Rechenschaftspflicht der EU-Institutionen, indem wir uns für die Einrichtung einer starken europäischen Ethikbehörde einsetzen, die gemeinsame Ethikstandards für alle EU-Institutionen setzt und deren Umsetzung und Einhaltung kontrolliert.

4. Internationale Partnerschaften strategisch ausbauen

Ein starkes Europa vernetzt sich in der Welt. Die Europäische Union braucht internationale Zusammenarbeit für ihren Wohlstand und ihre Sicherheit. Deshalb stärken wir die regelbasierte internationale Ordnung, koordinieren uns noch enger mit unseren europäischen Partnern und investieren gemeinsam in strategische Partnerschaften. Bundeskanzler Olaf Scholz hat sich im Rahmen der G7, der G20 und der Vereinten Nationen bereits erfolgreich für die Zusammenarbeit und die Definition gemeinsamer Interessen mit außereuropäischen Staaten eingesetzt – dieses Engagement führen wir fort und bauen wir aus.

Europa zum Partner erster Wahl machen

Viele Staaten im Globalen Süden haben sich von den Verheißungen liberaler Demokratien abgewendet, weil sie ihre Erwartungen nicht erfüllt sehen. Wir wollen, dass Europa darauf reagiert und mit attraktiven und fairen Angeboten Länder wieder als Mitstreiter für Projekte und Initiativen gewinnt, die gemeinsame Werte und Interessen unterstützen. Ungleiche und neoliberale Machtstrukturen in den Nord-Süd-Beziehungen wollen wir aufbrechen, Menschenrechte stärken, Demokratie und eine nachhaltige Entwicklung fördern. Gradmesser für die Zusammenarbeit mit internationalen Partnern sind für uns die von der Weltgemeinschaft gemeinsam verabschiedeten 17 Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 der Vereinten Nationen.

Friedenssicherung und Friedensförderung

Viele Staaten der Welt sehen in Europa nicht nur einen Partner für Sicherheit und Wohlstand, sondern auch einen Partner für Frieden. Es ist an der Zeit, dass Europa für Friedenssicherung und Friedensförderung mehr Verantwortung übernimmt. Konflikte und Kriege haben oft soziale, ökonomische und ökologische Ursachen. Die gilt es, frühzeitig zu erkennen und zu bekämpfen.

Eine feministische Außen- und Friedenspolitik, die alle Mitglieder einer Gesellschaft in den Blick nimmt und auf die Überwindung patriarchaler und postkolonialer Machtstrukturen dringt, ist dafür eine unverzichtbare Grundlage. In Konflikten kommt es strukturell immer wieder zu geschlechtsspezifischer Gewalt und anderen Unterdrückungsmechanismen gegenüber Frauen.

Wir setzen uns deshalb für Rechte, Ressourcen und Repräsentanz von Frauen, Mädchen und

marginalisierten Gruppen in all ihrer Diversität ein und unterstützen feministische Bewegungen wie zum Beispiel im Iran. Im Iran kämpfen seit der Ermordung von Jîna Amini durch die iranische Sittenpolizei viele Regimekritikerinnen und Regimekritiker gegen das Mullah-Regime und für ein selbstbestimmtes Leben. Das Mullah-Regime reagiert mit brachialer Gewalt auf diese Proteste, inhaftiert und foltert Protestierende. Alleine in 2023 wurden 600 Menschen durch das Regime hingerichtet. Wir wollen uns mit den mutigen Freiheitskämpferinnen und Freiheitskämpfern im Iran solidarisieren und stehen fest an ihrer Seite.

Internationale Kultur- und Bildungspolitik sind weitere gewichtige Faktoren in der Konfliktprävention. Dafür ist es zentral, Zivilgesellschaft einzubinden und vor allem zivile Konfliktprävention umfangreicher zu fördern. Damit investieren wir in nachhaltig positive Erfahrungen mit Europa und fördern Bildungs-, Kultur- sowie Wissenschaftsaustausch. Wir werden uns für eine ausreichende Finanzierung starkmachen.

Transatlantische Partnerschaft stärken

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine lässt die transatlantischen Gemeinsamkeiten so stark hervortreten wie lange nicht. Die USA sind Europas wichtigster Sicherheitspartner weltweit sowie einer der zentralsten Wirtschafts- und Handelspartner. Wir wollen die Handelsbeziehungen weiter vertiefen, indem wir zum Beispiel die Strukturen des EU-US Trade and Technology Councils besser nutzen. Fernziel ist ein gemeinsamer transatlantischer Wirtschaftsraum mit fairen Handelsbedingungen, in dem Industriezölle abgeschafft, Marktzugangsbarrieren für Zukunftstechnologien, besonders der Dekarbonisierung, Digitalisierung und Kreislaufwirtschaft, abgebaut und gemeinsame Standards festlegt sind.

Gemeinsame Europäische Chinapolitik

China ist für uns Partner, Wettbewerber und Systemrivale. Ohne China sind zentrale globale Herausforderungen nicht zu bewältigen. Die Bedeutung Chinas als wichtiger Absatzmarkt für europäische Unternehmen ist hoch. Gleichzeitig stehen europäische Firmen im Wettbewerb mit chinesischen um Marktanteile und Innovationen – und China arbeitet an einem Umbau des internationalen Systems zu seinen Gunsten. Wir wollen, dass Europa mit einer Stimme für seine Interessen und Werte spricht und fordern deshalb die Entwicklung einer klaren und konsistenten europäischen Strategie für die Beziehungen zu China, die vorhandene Konzepte und Beschlüsse integriert und wenn nötig anpasst. Wir wollen die Zusammenarbeit bei globalen Herausforderungen vorantreiben, die Achtung und universelle Gültigkeit der Menschenrechte fördern und den Multilateralismus stärken. Gleichzeitig brauchen wir eine europäische Resilienzstrategie, die Risiken verringert (De-Risking), auch mit Blick auf den Schutz kritischer Infrastruktur in Europa. Wir müssen unsere Wirtschaftsbeziehungen diversifizieren, um wirtschaftliche Abhängigkeiten zu minimieren, insbesondere bei der Rohstoff-Beschaffung nach dem Prinzip „China plus eins“, bei dem wir neben China immer auch alternative Lieferanten haben. Dazu gehört auch, dass wir neben dem europäischen Lieferkettengesetz auch den Import von Produkten aus Zwangsarbeit untersagen.

Reform der Vereinten Nationen vorantreiben

Um die Herausforderungen unserer Zeit – Armut, Klimawandel, Verlust der Biodiversität, Migration, Pandemien, Kriege – zu bewältigen, braucht es globale Antworten. Diese können nur im Rahmen einer regelbasierten internationalen Ordnung entstehen. Wir wollen deshalb gemeinsam auf funktionierende multilaterale Institutionen und internationale Abkommen hinwirken. Die Zusammenarbeit der EU innerhalb der Vereinten Nationen möchten wir weiter verstärken. Wir wollen, dass der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen repräsentativer wird. Wir setzen uns deshalb für eine Reform des Sicherheitsrates ein, bei der zunächst der Sicherheitsrat um Nationalstaaten, vor allem des Globalen Südens, erweitert wird. Für die Europäische Union wollen wir mehr Mitwirkungsrechte in der UN schaffen. Wir wollen zudem die Weltgesundheitsorganisation politisch und finanziell stärken. Als Lehre aus den Pandemie-Jahren wollen

wir kurzfristig und dauerhaft eine Kooperation etablieren, die für globale Teilhabe an Technologie, notwendigem Wissen, Daten und Informationen sorgt. Gemeinsam werden wir uns besser auf zukünftige Pandemien und auf die Auswirkungen des Klimawandels auf das Gesundheitswesens vorbereiten.

Entwicklungszusammenarbeit verstärkt europäisch denken

Die EU ist bereits jetzt – zusammen mit ihren Mitgliedsstaaten – weltweit die größte Geberin in der Entwicklungszusammenarbeit und die größte Demokratieförderin. Diese Stellung wollen wir ausbauen – sowohl im Interesse der Partnerländer als auch im eigenen Interesse, denn es ist eine langfristige Investition, um die Agenda 2030 zu erreichen und Wohlstand und Sicherheit zu gewährleisten. Wir stehen zu der Zielvorgabe, mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit auszugeben. Ein besonderer Fokus muss dabei auf die am wenigsten entwickelten Länder (LDCs) gesetzt werden. Auch in der Entwicklungspolitik ist uns ein feministischer Ansatz wichtig. Projekte sollen gemeinsam mit unseren Partnern im Globalen Süden und mit besonderem Hinblick auf soziale, ökologische und geschlechterspezifische Ungleichheiten sowie den Kampf gegen den Klimawandel weiterentwickelt werden. Wir setzen uns für eine gemeinsame Ausrichtung unserer globalen Entwicklungszusammenarbeit ein und wollen unsere Kräfte auf europäischer Ebene besser bündeln. Deshalb wollen wir die Rolle des Kommissars bzw. der Kommissarin für internationale Partnerschaften weiter aufwerten und die Aufsichtsfunktion des Europäischen Parlaments stärken, um sicherzustellen, dass entwicklungspolitische Projekte zielgenau umgesetzt werden.

Die Europäische Initiative Global Gateway braucht einen Neustart, auch um eine sichtbare Antwort auf Chinas Belt and Road Initiative (Neue Seidenstraße) sein zu können. Dazu wollen wir die Förderung von Infrastrukturprojekten besser koordinieren und bündeln. Europäische Investitionen in zukunftsrelevante Infrastrukturen müssen aus einem Guss kommen. Wir werden dafür sorgen, dass die Investitionen gemeinsam mit den Partnerländern entwickelt und umgesetzt werden, um nachhaltig und vor Ort wirksam zu werden. Erfolgreiche Projekte, wie der auf dem G20-Gipfel in Neu-Delhi von uns mit unseren Partnern initiierte neue Transportkorridor zwischen Indien und Europa, zeigen die geopolitische Relevanz solcher Offensiven.

Finanzielle Räume für Entwicklung schaffen

Wir setzen uns gemeinsam mit unseren europäischen Partnern für mehr Steuergerechtigkeit, Transparenz und Auskunftsrechte sowie eine globale Mindestbesteuerung ein, damit gerade unsere internationalen Partner ihre erreichte Wertschöpfung für Investitionen in ihre Zukunft nutzen können. Wir befürworten konditionierte Entschuldungsprogramme, bei denen die Ersparnisse des Schuldenschnitts gezielt in soziale und nachhaltige Vorhaben investiert werden. Wir brauchen deshalb einen Schuldenschnitt für die Länder des Globalen Südens, der staatliche, zwischenstaatliche und private Institutionen miteinbezieht.

Wir wollen zudem weitere Investitionspartnerschaften etablieren, um öffentliche und private Investitionen für die Entwicklung von nachhaltigen Wertschöpfungsstrukturen zu bündeln und durch progressive Regulierung sozialökologisches Wachstum zu ermöglichen. Dabei stellen wir sicher, dass das Ziel der Bekämpfung von Ungleichheit im Fokus steht.

5. Eine neue Ausrichtung für die europäische Handelspolitik

Die nachhaltige Entwicklung Europas und gute Arbeitsplätze in Deutschland hängen maßgeblich vom Handel ab. Gleichzeitig wissen wir: Der neoliberale Traum, dass Handel automatisch zu Wohlstandsgewinnen für alle, politischem Wandel und mehr Sicherheit in der Welt führt, ist ausgeträumt. Wirtschaftliche Mittel werden zudem in unserer globalisierten Welt immer öfter genutzt, um geopolitische Konflikte auszutragen. Wir brauchen deshalb eine progressive Handelspolitik, die die Lebensrealitäten der Menschen verbessert – nicht nur in Europa, sondern auch bei unseren Handelspartnern. Wir wollen ein starkes Europa, das widerstandsfähig ist und wirtschaftspolitische Mittel strategisch einsetzt, um unsere

Werte und Interessen zu schützen.

Handelspartner diversifizieren – insbesondere im Bereich Rohstoffe

Die jüngsten Krisen haben deutlich gemacht, dass Europa in sensiblen Bereichen unter einseitigen Abhängigkeiten leidet – sei es bei Importen von Energieträgern, Rohstoffen, seltenen Erden oder Medikamenten. Deswegen wollen wir unsere Handelspartner und Lieferketten diversifizieren und dadurch ein resilientes Europa schaffen, das in zukünftigen Krisen auf sicheren Beinen steht. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf Rohstoffen, die für die sozialökologische Transformation zentral sind. Wir brauchen deshalb gleichberechtigte Kooperationen mit rohstoffreichen Staaten. Diese Kooperationen müssen die politischen Interessen und ökonomischen Entwicklungserfordernisse unserer Partner als zentral erachten – beide Seiten müssen von Rohstoffpartnerschaften profitieren. Insbesondere Entwicklungs- und Schwellenländern muss dabei mehr eigene, lokale Wertschöpfung ermöglicht werden, auch durch gezielte Unterstützung. Dabei achten wir im Sinne des Lieferkettengesetzes darauf, negative Auswirkungen auf Menschenrechte, Umwelt und Klima zu vermeiden.

Durchsetzbare Standards in europäischen Handelsabkommen verankern

Handelsabkommen, die allein den Abbau von Zollschranken und die Liberalisierung von Märkten zum Ziel haben, sind nicht mehr zeitgemäß. Stattdessen wollen wir umfassende Handels- und Investitionsabkommen, die verbindliche soziale (u. a. ILO-Kernarbeitsnormen, Governance Conventions), menschenrechtliche und ökologische Standards zum Schutz von Beschäftigten und der Umwelt sowie konkrete Beschwerde-, Überprüfungs- und Folgemechanismen enthalten, die wir gemeinsam und auf Augenhöhe mit unseren Handelspartnern umsetzen. Unser Ziel ist es, dass in Zeiten des globalen technologischen Wandels auch digitale Rechte im Handelsabkommen verankert werden. Gleichzeitig halten wir sektorspezifische Handelskooperationen (wie z. B. den US-EU-Handels- und Technologierat) für sinnvoll, um globale Standards zu setzen und strategische Partnerschaften auszubauen.

Kompetenzen und Instrumente im Bereich Geoökonomie ausbauen

Wir setzen uns für eine Europäische Union ein, die ihre Kompetenzen in der Außenwirtschaftspolitik bündelt und souveräne europäische Entscheidungen schützt und verteidigt. Wir wollen unsere Wirtschaftsbeziehungen und Abhängigkeiten fortlaufend, vorausschauend und tiefgehend analysieren, damit wir Risiken frühzeitig erkennen. Außerdem werden wir weiter an einer breiten Palette an geoökonomischen Instrumenten arbeiten, die nötig sind, um auf unterschiedliche Herausforderungen reagieren zu können. Die von uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten vorangetriebene Einführung des Handelsinstruments gegen wirtschaftlichen Zwang ist in dieser Hinsicht eine wichtige Ergänzung des Instrumentenkastens. Wir wollen der Europäische Union mit diesen Instrumenten nicht nur die Möglichkeit geben, sich als geopolitische Spielerin zu behaupten, sondern auch, dass sie diese Rolle einnimmt und mit Leben füllt.

Internationale Regeln für Handel stärken

Wir setzen uns für einen freien, gerechten und regelbasierten Welthandel ein. Wir wollen die Reform des Streitbeilegungssystems der Welthandelsorganisation sowie die Einbeziehung von Klima- und Menschenrechtszielen in die Regeln und Normen des internationalen Handels vorantreiben. Wir werden uns für eine Aktualisierung des Übereinkommens über Subventionen und Ausgleichsmaßnahmen einsetzen, um den zunehmenden globalen Subventionswettlauf wirksam zu steuern. Es ist von entscheidender Bedeutung, einen Rahmen zu schaffen, der die Transparenz in Bezug auf den tatsächlichen Einsatz von Subventionen erhöht, was auch ein entscheidender Schritt zur Regulierung dieses Wettlaufs ist.

6. Eine solidarische Geflüchtetenpolitik

Weiterhin sind weltweit sehr viele Menschen gezwungen, ihr Zuhause zu verlassen. Sie fliehen vor Gewalt, Terror und Verfolgung. In überwiegender Zahl suchen sie als Binnenflüchtlinge Schutz in anderen Teilen ihres Landes oder in Nachbarstaaten ihrer Region. Für nicht wenige ist aber auch die Europäische Union der Ort, um endlich Sicherheit und Frieden zu finden. Denn die Gemeinschaft der 27 Mitgliedsstaaten ist trotz vielerlei Herausforderungen weiterhin ein Hort der Rechtsstaatlichkeit und Humanität. In diesem Sinne wollen wir die Europäische Union stärken, damit sie als starke Gemeinschaft eine humanitäre Antwort für die Menschen gibt, die unseren Schutz und Zuflucht benötigen.

Humanitäre Verantwortung wahren

Aus unserer eigenen Geschichte heraus ist das Recht auf Asyl, als Eckpfeiler sozialdemokratischer Politik, fest in unseren Grundwerten verankert und für uns nicht verhandelbar. Für uns besteht kein Zweifel daran, dass wer des Schutzes bedarf, auch Zuflucht finden sollte. Unsere Migrationspolitik beruht deshalb auf dem Grundprinzip der Humanität. Gleichzeitig benötigen wir – um die Zustimmung zu einer am Grundsatz der Humanität ausgerichteten Asyl- und Geflüchtetenpolitik zu erhalten – ebenfalls Ordnung und Steuerung bei der Migration. Ausnahmslos alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union müssen in der Geflüchtetenpolitik ihren europäischen, wie völkerrechtlichen Verpflichtungen selbstverständlich nachkommen. Wir fordern, dass die Verantwortung der Europäischen Union entsprechend der von allen Mitgliedsstaaten unterzeichneten Regelungen und Verpflichtungen auch tatsächlich solidarisch getragen wird.

Ein solidarisches Gemeinsames Europäisches Asylsystem

Es ist gut, dass sich nach jahrelangem Streit die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und das Europäische Parlament auf eine Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) geeinigt haben. Diese wichtige Einigungsfähigkeit der Europäischen Union muss sich jetzt in der Praxis beweisen. Wir wollen, dass ein gemeinsames System nicht länger nur auf dem Papier existiert, sondern von allen Mitgliedsstaaten angemessen getragen wird und den schutzsuchenden Menschen in der Praxis Hilfe leistet. Für die SPD gilt dabei unmissverständlich: Das individuelle Menschenrecht auf Asyl und das internationale Flüchtlingsrecht sind die unumstößliche Basis für dieses Gemeinsame Europäische Asylsystem. Das war und ist für uns nicht verhandelbar. Deshalb stellen wir klar, dass ein faires Asylverfahren mit hohen rechtsstaatlichen Standards immer auch in Grenzverfahren gewährleistet sein muss.

Besonderer Schutz für allein reisende minderjährige Geflüchtete und Familien

Wir konnten uns durchsetzen, dass allein einreisende Minderjährige grundsätzlich von einem Grenzverfahren ausgenommen sind. Darüber hinaus haben wir uns dafür eingesetzt, dass die Ausnahme auch für Familien mit Kindern und weitere vulnerable Gruppen gelten soll. Zwar ist erreicht, dass für Familien mit Kindern in den Grenzverfahren eine kindgerechte Unterbringung gewährleistet werden muss. Aber wir wollen weiterhin, dass Familien mit Kindern, wie auch andere vulnerable Gruppen grundsätzlich von den Grenzverfahren ausgenommen werden. Deshalb ist es gut, dass die Europäische Asylagentur verpflichtet ist, ein besonderes Augenmerk auf die Aufnahme-Bedingungen für diese Gruppen zu richten. Sollte sich zeigen, dass eine kindgerechte Betreuung hier nicht gewährleistet werden kann, so muss umgehend gehandelt und Familien mit Kindern müssen von den Grenzverfahren ausgenommen werden. Das Gleiche fordern wir für andere vulnerable Gruppen, bspw. für queere Schutzsuchende.

Für uns steht die Prüfung des individuellen Asylanspruchs im Vordergrund und nicht die pauschale Kategorisierung nach Herkunftsländern. Wir werden die menschenrechtliche Lage an der EU-Außengrenze ganz genau beobachten. Wir wollen verhindern, dass es zu gravierenden Missständen und zur Entstehung prekärer Lager kommt, damit sich Katastrophen wie in Moria nicht wiederholen.

Rechtsschutz auch in Grenzverfahren gewährleisten

Für uns bleibt es entscheidend, dass auch in Grenzverfahren das uneingeschränkte und individuelle Recht auf Asyl und humanitäre Bedingungen gewahrt bleiben. Schutzsuchende, deren Asylgesuch in einem beschleunigten Asylverfahren geprüft wird, müssen daher regelmäßig die Möglichkeit der Rechtsberatung und Hinzuziehung eines Rechtsbeistands erhalten. Die angestrebten Beschleunigungen im Asylverfahren dürfen keineswegs zu Rechtsschutzeinschränkungen führen. Wir setzen uns weiter dafür ein, dass Rechtsmittel grundsätzlich eine aufschiebender Wirkung haben.

Wir fordern bei der Gewährleistung des Außengrenzschutzes der EU die Einhaltung aller humanitären und rechtsstaatlichen Vorschriften. Wir stellen klar: Pushbacks sind eine eklatante Verletzung des Völkerrechts. Ein Tolerieren durch oder gar eine Beteiligung von Behörden der Mitgliedsstaaten oder von Frontex darf es unter keinen Umständen geben. Illegale Zurückweisungen müssen unverzüglich eingestellt und sanktioniert werden. Wir unterstützen daher ausdrücklich ein unabhängiges Monitoring aller nationalen Aktivitaten im Kontext Migration und Asyl. Dabei muss insbesondere die Europäische Grenzschutzagentur Menschenrechtsverletzungen aufklären und, wo immer möglich, verhindern. Damit die EU-Außengrenzen rechtsstaatlich und sicher sind, braucht es weiterhin eine umfassende Prüfung der systematischen und strukturellen Probleme der größten EU-Agentur.

Pflicht zur Solidarität

Die beschlossene Pflicht zur Solidarität aller Mitgliedsstaaten ist ein großer Schritt, mit der die Europäische Union als Ganzes ihrer humanitären Verantwortung nachkommt. Dies gilt vor allem für die Mitgliedsstaaten – wie Deutschland –, die in erheblichem Umfang Schutzsuchende aufgenommen haben. Deshalb muss diese Pflicht zur Solidarität aller Mitgliedstaaten fortan durchgesetzt werden. Um dabei insbesondere solidarische Kommunen zu unterstützen, fordern wir auf europäischer Ebene einen zusätzlichen Fonds für die Aufnahme Geflüchteter sowie für notwendige kommunale Infrastruktur.

Hohe Standards und regelmäßige Überprüfung der Sicherheitslage in Herkunftsländern

Aus dem individuellen Asylrecht ergibt sich, dass die Überprüfung der Asylgründe anhand des Einzelfalls erfolgt. Schutzsuchende müssen stets die Möglichkeit haben, effektive Rechtsmittel gegen ablehnende Asylentscheidungen einzulegen. Allgemeine Bewertungen der Sicherheitslage in den Herkunftsländern, die in den Asylverfahren berücksichtigt werden, müssen regelmäßig auf Basis verlässlicher, rechtsstaatlicher Kriterien überprüft werden.

Mehr Wege für legale Arbeitsmigration nach Europa

Viele, die ein Schutzgesuch in der Europäischen Union stellen, haben sich auf den Weg gemacht, um hier zu arbeiten. Es muss klar sein, dass das der falsche Weg ist. Gleichzeitig müssen wir mehr Wege schaffen und aufzeigen, wie man aus Drittstaaten Zugang auf den europäischen Arbeitsmarkt bekommt. Denn vielerorts in Europa gibt es nicht nur (mehr) im hochqualifizierten Bereich einen akuten Mangel an Arbeitskräften. Deshalb wollen wir einen Ausbau der bestehenden Möglichkeiten (bspw. Blaue Karte EU) und eine zügige Harmonisierung der nationalen Zugangsmöglichkeiten. Als Vorbild könnte hier das in Deutschland geschaffene Fachkräfteeinwanderungsgesetz dienen, das sich ausdrücklich nicht nur an Hochqualifizierte richtet. Zudem sollte sich eine von einem Mitgliedsstaat ausgesprochene ordentlich Arbeitserlaubnis grundsätzlich (etwa nach einer bestimmten Frist) auch auf die Möglichkeit erstrecken, in anderen Mitgliedsstaaten arbeiten zu dürfen. Die EU-Visa-Vergabe zu Ausbildungs- oder Qualifikationszwecken wollen wir erleichtern.

Sicherere und legale Fluchtwege schaffen

Wir wollen legale Zugangswege für geflüchtete Menschen schaffen. Dabei spielt die gezielte Aufnahme von Menschen direkt aus Aufnahmelagern des UNHCR (Resettlement) eine wichtige Rolle. Entsprechende

Programme sind bereits freiwillig möglich. Wir wollen, dass diese gut steuer- und kontrollierbare Maßnahme verstärkt genutzt wird. Dabei ist klar, dass wir das individuelle Recht auf Asyl in Europa verteidigen und eine Auslagerung des Asylsystems auf Drittstaaten ablehnen. Auch braucht es sicherere Fluchtrouten, um das Sterben vor allem auf dem Mittelmeer zu verhindern. Deshalb treten wir unter anderem weiter für humanitäre Visa ein: Menschen mit Verfolgungsgeschichte sollen an Auslandsvertretungen der Europäischen Union eine kursorische Asyl-Vorprüfung erhalten, um ihnen hiernach den lebensgefährlichen Weg über das Mittelmeer zu ersparen.

Fluchtursachen bekämpfen

Mit Gewalt ausgetragene Konflikte, staatliche Repression, Diskriminierung und massive Menschenrechtsverletzungen, Armut und die Auswirkungen des Klimawandels gehören zu den wichtigsten Auslösern von Fluchtbewegungen. Entwicklungspolitische Maßnahmen, die die Krisenanfälligkeit eines Landes verringern und den gesellschaftlichen Zusammenhalt verbessern, leisten daher einen wichtigen Beitrag zur Minderung von Fluchtursachen. Deshalb wollen wir, dass Deutschland verstärkt dabei unterstützt, die politische und wirtschaftliche Situation zu stabilisieren, nach Konflikten zerstörte Strukturen wiederaufzubauen sowie Bildungs- und Beschäftigungschancen zu verbessern.

Wir wollen ein faires Welthandels-, Währungs- und Finanzsystem, das den Globalen Süden nicht übervorteilt, sondern dafür Sorge trägt, dass die Wertschöpfung in den entsprechenden Ländern steigt und damit die Grundlage für ein gutes Leben vor Ort geschaffen wird und erhalten bleibt.

In überwiegender Zahl suchen Menschen als Binnenflüchtlinge oder in Nachbarstaaten in ihrer Region Schutz. In vielen Fällen sind diese Regionen ebenfalls von Konflikten und fragilen Strukturen geprägt. Wir wollen, dass die EU diese Staaten solidarisch unterstützt, die Versorgung der Geflüchteten und Migranten zu stemmen sowie soziale und wirtschaftliche Verteilungskonflikte mit der lokalen Bevölkerung zu verhindern.

Wir setzen uns dafür ein, dass EU-Mittel noch viel stärker dort eingesetzt werden, wo sie wirken und wo Unterstützung dringend notwendig ist: in den Aufnahmeländern, für den Aufbau von langfristigen Strukturen, für Menschenrechtsschutz. Wir fordern, dass mindestens die Hälfte dieser Mittel in langfristige Investitionen zum Schutz und zur Versorgung von Geflüchteten in Aufnahmeländern sowie in den Ausbau von regulären Migrationswegen fließt.

Sterben auf dem Mittelmeer beenden: Seenotrettung und sichere Fluchtrouten

Das Sterben auf dem Mittelmeer muss aufhören. Die Seenotrettung ist eine Verpflichtung aus dem internationalen Seerecht. Zivile Seenotrettung, die diese Aufgabe und humanitäre Verantwortung übernimmt, Menschen aus Not zu retten, darf demnach auch nicht kriminalisiert werden und wird weiter von uns unterstützt. Letztendlich wollen wir, dass Seenotrettung innerhalb der EU staatlich gewährleistet wird und sicherere Fluchtwege geschaffen werden.

Kommunen entlasten

Der erfolgreiche Neustart des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems kann nur gelingen, wenn die neuen Regeln überall umfassend umgesetzt werden. Durch die Einführung eines europäischen Integrations- und kommunalen Entwicklungsfonds sollen Städte und Kommunen, die sich bereit erklären Geflüchtete aufzunehmen, bei den Integrationskosten und zusätzlich in gleicher Höhe bei kommunalen Entwicklungskosten finanziell unterstützt werden. In diesem Rahmen sollen die Bürgerinnen und Bürger zudem über die Ausgestaltung der Aufnahme von Geflüchteten mitbestimmen können. Zugleich setzen wir harmonisierte europäische Regeln für den Zugang zu Ausbildung und Arbeit um. Das gilt für eine Ausweitung der sogenannten Blauen Karte EU aber auch für vereinfachte Regeln für längerfristige Aufenthalte in der EU.

IV. Ein Europa des Respekts

Wir wollen eine Europäische Union, die fest zusammenhält. Auch und besonders, wenn die Zeiten herausfordernd sind. Die Grundlage dafür ist ein Europa des Respekts. Auf der Grundlage unserer gemeinsamen Werte Freiheit, Demokratie, Frieden und Gerechtigkeit wollen wir den Wohlstand für viele, nicht nur für wenige. Respekt heißt für uns, unterschiedliche Lebensentwürfe zu respektieren und zu schützen. Es spielt keine Rolle, welche soziale oder geografische Herkunft man hat, wie man lebt und wen man liebt, ob man jung oder alt ist, Akademikerin oder Hilfsarbeiter. Weil wir Respekt haben vor jedem und jeder Einzelnen, sorgen wir für gleiche Chancen, ein Recht auf Teilhabe, gute Bildung und gute Arbeit. Sie sind die Grundlagen für ein selbstbestimmtes Leben. Respekt heißt deshalb auch für gute Arbeit zu sorgen, verbunden mit dem Versprechen der Solidarität.

Wir sind Deutsche, regional verwurzelt, wir sind aber auch Europäerinnen und Europäer. Beides erfüllt uns gleichermaßen mit Stolz. Die Europäische Union ist unsere Gemeinsamkeit, die uns ohne Angst und Träumereien verschieden sein lässt. Mit ihren gemeinsamen Werten stiftet die Europäische Union Identität. Auf dieser identitätsstiftenden Gemeinsamkeit bauen wir zuversichtlich die Zukunft der Europäischen Union auf. Dagegen missbraucht die rechtspopulistische Politik der Aus- und Abgrenzung die bereichernde Vielfalt in der EU als Feindbild. Sie ist respektlos und menschenfeindlich. Ihrer Negativität mit ihren scheinbar einfachen, untauglichen Antworten, aber insbesondere ihren Lügen und ihrem Hass, stellen wir uns robust und geschlossen entgegen.

Es sind die gelebten gemeinsamen Werte, die alle Mitgliedsstaaten in der Europäischen Union auf Augenhöhe zusammenkommen lassen – unabhängig von ihrer Größe, Wirtschaftskraft oder gar militärischen Stärke. Der Respekt für den Einzelnen ist die historische Einzigartigkeit der Europäischen Union. Wir wollen sie stärken zum Nutzen und Wohle aller Unionsbürgerinnen und -bürger.

1. Für gute Arbeit sorgen

Aus unserer Geschichte der Arbeiterbewegung heraus ist uns klar, dass wahrer Respekt für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nur entstehen kann, wenn sie auf Augenhöhe ihre Interessen kollektiv vertreten und verhandeln können. Das gilt im Kleinen wie im Großen. Dennoch haben wir als Staat eine Verantwortung für gute Rahmenbedingungen, ebenso wie für die grundlegenden Regeln im Arbeitsschutz und bei den Löhnen. Für die SPD ist zentrale Voraussetzung für die Gestaltung einer guten Zukunft für alle Europäerinnen und Europäer, dass alle vor uns stehenden Veränderungen nur gemeinsam mit den Beschäftigten und ihren Gewerkschaften gestaltet werden können. Dafür braucht es in Deutschland und Europa starke Mitbestimmung, hohe Tarifbindung und eine aktive Struktur- und Arbeitsmarktpolitik, bei denen die Interessen der Beschäftigten im Mittelpunkt stehen.

Soziale Rechte stärken

Wir wollen keine prekäre Arbeit in Europa, sondern gute Arbeit. Dafür werden wir die Europäische Säule sozialer Rechte weiter entschieden national wie europäisch umsetzen. Mit gemeinsamen Mindeststandards für Arbeitsmärkte und Sozialpolitik hat die Europäische Union einen wichtigen Schritt unternommen hin zur Angleichung der Lebensverhältnisse in Europa. Dies hat auch in Deutschland zu Verbesserungen geführt (Tariftreue im Vergaberecht, Mindestlohnrichtlinie…, die ohne die Sozialdemokratie niemals durchgesetzt worden wären. Diesen richtigen gemeinsamen Weg wollen wir fortsetzen. Dafür werden wir auch die Kriterien für gute Arbeit noch stärker in der europäischen Strukturpolitik verankern, in den Strukturfonds und in den Regionalbeihilfen. Hier wollen wir Tarifbindung, Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie Möglichkeiten zur Aus- und Weiterbildung als feste Bestandteile der Vergaberegeln verankern.

Gerechte Bezahlung für alle

Wer Vollzeit arbeitet, muss von der Bezahlung leben können. Dafür war die EU-Mindestlohnrichtlinie ein wichtiger Schritt. Sie verpflichtet die Mitgliedsstaaten dazu, Aktionspläne aufzustellen, um die Tarifbindung zu erhöhen. Ziel ist, dass 80 Prozent der Beschäftigten von Tarifverträgen erfasst werden. Denn tarifliche Bezahlung sollte die Regel sein. Sie sorgt für bessere Bezahlung und Arbeitsbedingungen. Europa kann mehr tun, um die nationale Tarifbindung weiter zu stärken. Dafür soll die Vergabe von EU-Mitteln künftig stärker an Bedingungen wie gute Arbeit und Tarifverträge geknüpft werden. Durch die Aufnahme einer verpflichtenden Tariftreueklausel werden wir daher die Konzessions- und Vergabe-Richtlinien weiterentwickeln. Außerdem kämpfen wir für einen rechtlichen Status für europäische Künstlerinnen und Künstler und andere Selbstständige mit EU-weiten Standards für deren Mindestvergütung, Arbeitsbedingungen und soziale Absicherung.

Digitale Dividende für alle

Digitale Produktivitätsgewinne müssen zu Arbeitszeitverkürzungen für alle Beschäftigten führen und nicht zur Arbeitsverdichtung. Auch die Mitbestimmung muss im Zusammenhang mit der digitalen Transformation gestärkt werden. Wir wollen die Expertise der Beschäftigten stärker miteinbeziehen, wenn es um die Digitalisierung von Prozessen oder gar um den Einsatz von Künstlicher Intelligenz geht. Unser Ziel ist, die Souveränität und Selbstbestimmung von Beschäftigten zu stärken.

Beschäftigte besser vor Ausbeutung schützen

Freizügigkeit und faire Mobilität gehören zusammen. Wir wollen die sozialen Rechte mobiler EU-Bürgerinnen und -bürger verbessern und sie vor Ausbeutung und Diskriminierung schützen. Deshalb setzen wir uns für eine einheitliche europäische Sozialversicherungsnummer bzw. für den digitalen Sozialversicherungspass ein. Die Reform der Koordinierung der sozialen Sicherungssysteme muss den Sozialschutz mobiler Beschäftigter sicherstellen und Missbrauch wirksam bekämpfen. Zudem wollen wir erreichen, dass gegen Lohnraub, Lohn- und Sozialversicherungsbetrug entschiedener vorgegangen und durch Mindeststandards für Unterkünfte die unwürdige Unterbringung von mobilen Beschäftigten beendet wird. Wir wollen mehr nationale wie europäische Kontrollen, eine stärkere Koordinierung sowie die Ausweitung von Beratungsstellen zur Fairen Mobilität in ganz Europa erreichen, um die Lage der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu verbessern. Dazu gehören auch eine Ausweitung des Mandats der Europäischen Arbeitsagentur für die Kontrolle von Beschäftigten aus Drittstaaten, Subunternehmerketten, privaten Arbeitsvermittlungen, besserer Zugang zu Daten und mehr Kompetenzen bei grenzüberschreitenden Kontrollen. Der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ muss in allen Mitgliedsstaaten durchgesetzt werden. Wir brauchen eine ehrgeizige Richtlinie zur Plattformarbeit, die einen Rahmen schafft, mit dem Scheinselbständigkeit bekämpft wird und kollektive Rechte gestärkt werden. Wir setzen uns für faire Arbeitsbedingungen und fairen Wettbewerb in der europäischen Logistikbranche ein, insbesondere für LKW-Fahrerinnen und -fahrer. Außerdem wollen wir eine EU-Richtlinie zum Schutz vor psychischen Belastungen, um auf die Zunahme von Stress, Arbeitsverdichtung und Zeitdruck zu reagieren.

Für ein europäisches Lieferkettengesetz

Darüber hinaus wollen wir auch außerhalb der Europäischen Union unseren Beitrag leisten für faire Arbeitsbedingungen, den Schutz von Menschenrechten, den Umweltschutz und den Kampf gegen den Klimawandel. Das deutsche Lieferkettengesetz ist hier ein erster wichtiger Schritt, den wir um ein starkes europäisches Lieferkettengesetz ergänzen. Wir wollen so verhindern, dass Produkte, die durch Zwangsarbeit oder Ausbeutung von Mensch und Natur hergestellt werden, überhaupt in den europäischen Binnenmarkt gelangen. Deshalb unterstützen wir die Verordnung über ein Verbot von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten, mit starken Kompetenzen der EU-Kommission.

Gute Arbeit durch starke Arbeitnehmerrechte

Die Mitbestimmung ist ein zentrales Element der Stärkung von Demokratie in den Unternehmen und Betrieben. Mitbestimmte Unternehmen sind innovativer und erfolgreicher. Wir wollen deshalb die Mitbestimmung stärken. Mit einer EU-
Rahmenrichtlinie zur Unterrichtung, Anhörung und Unternehmensmitbestimmung soll der Flickenteppich unterschiedlicher Mitbestimmungsregeln zusammengefasst werden. Zusätzlich muss die Demokratie am Arbeitsplatz im Rahmen einer Reform des europäischen Gesellschaftsrechts gestärkt werden. Bei nachträglichem Überschreiten nationaler Schwellenwerte für die Geltung der Mitbestimmung muss es eine Nachverhandlungspflicht geben. Zudem wollen wir die Europäischen Betriebsräte (EBR) im Rahmen der Richtlinie stärken. Das gilt vor allem bezüglich des Zugangs zu Gerichten, der Definition von grenzüberschreitenden Angelegenheiten und angemessenen Sanktionen.

Europäische Sozialpartnerschaft stärken

Wie in Deutschland, so wollen wir auch auf europäischer Ebene, dass die Gewerkschaften sowie Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber die Möglichkeit zur Gestaltung der europäischen Sozial- und Beschäftigungspolitik aktiv wahrnehmen. Dafür werden wir den sozialen Dialog im Rahmen des europäischen Sozialmodells stärken: gemeinsame Abkommen der Sozialpartner sollen zügig in verbindliche Gesetzgebung überführt werden. Europa braucht eine Wirtschaft im Dienste der Menschen. Deshalb muss den sozialen Grundrechten der Europäischen Union endlich Vorrang vor den wirtschaftlichen Grundfreiheiten eingeräumt werden.

Zudem stellen wir klar: Das Streikrecht darf nicht untergraben werden, es gehört zu einem starken Binnenmarkt dazu.

Gute (Aus-)Bildung

Gute Bildung ist Voraussetzung für ein erfolgreiches Berufsleben. Gute (Aus-)Bildung darf nicht von der Herkunft, dem Geschlecht, einer Behinderung oder dem Geldbeutel und der sozialen Lage der Eltern abhängen. Wir engagieren uns anknüpfend an die Initiativen des Europäischen Bildungsraums 2025 deshalb für einen echten europäischen Bildungsaufbruch. Wir wollen allen Kindern in der EU bis 2030 eine inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Grund- und Sekundarbildung garantieren. Gleichzeitig fordern wir einen verbindlichen Qualitätsrahmen und eine angemessene Finanzierung der Jugendgarantie, nach der allen jungen Menschen in der EU innerhalb von vier Monaten nach Schulabschluss oder nachdem sie arbeitslos geworden sind ein hochwertiges Angebot für einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz, eine Weiterbildungsmöglichkeit oder ein Praktikum gemacht werden soll. Darüber hinaus ist es uns wichtig, die Vergütung von Praktika sicherzustellen, um die Rechte von jungen Menschen zu stärken. Gleichzeitig wollen wir die grenzüberschreitende Vermittlung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen erleichtern. Zudem setzen wir uns für eine stärkere Breitenförderung der europäischen Hochschulen, die allen Studierenden zugutekommt, ein. Unser Ziel bleibt die gebührenfreie Bildung von der Kita über die Ausbildung und das Erststudium bis zum Meister oder Master. Dies streben wir perspektivisch auf EU-
weit an. Mit der Bologna-Reform sollte ein gemeinsamer europäischer Hochschulraum geschaffen werden - mit vergleichbaren Abschlüssen und einer höheren Mobilität der Studierenden. Wir setzen uns in der EU dafür ein, dass diese Ziele konsequent weiter verwirklicht werden. Wir wollen eine deutliche Steigerung der Bildungsinvestitionen und setzen uns insbesondere für eine Stärkung des Europäischen Solidaritätskorps und von ERASMUS+ ein. Unser Ziel ist es, dass jede und jeder, der dies möchte, bis zu seinem 25. Lebensjahr mindestens eine durch ERASMUS+ geförderte Lernerfahrung im Ausland machen kann. Weiterhin unterstützen wir europäische und internationale Jugendverbände in ihrer politischen und kulturellen Bildungsarbeit. Insbesondere grenzüberschreitende Projekte und Begegnungen tragen aktiv zum Abbau von Vorurteilen bei und sorgen für ein Erfahrbarmachen eines zusammenwachsenden

Europas.

2. Soziale Sicherheit gewährleisten

Mehr als jede fünfte EU-Bürgerin bzw. jeder fünfter EU-Bürger ist von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht. Armut spaltet den Kontinent und schwächt den Zusammenhalt. Der Aufbau einer europäischen Sozialunion ist uns deshalb ein wesentliches Anliegen. Das soziale Europa muss gestärkt und mit den ökonomischen Grundfreiheiten in ein Gleichgewicht gebracht werden. Deshalb setzen wir uns für ein soziales Fortschrittsprotokoll ein, dass den europäischen Verträgen beigefügt wird. Die Europäische Säule sozialer Rechte und die hieraus auf dem Sozialgipfel in Porto 2021 entwickelten Ziele bleiben für uns handlungsleitend für die nächste Legislaturperiode. Starke soziale Sicherungssysteme unterstützen die Menschen im Wandel und ermöglichen ein Leben in Würde. Dafür wollen wir die richtigen Rahmenbedingungen setzen.

Gemeinsame Standards für Grundsicherungssysteme

Wir wollen, dass in allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union solide Netze sozialer Sicherheit bereitstehen. Deshalb setzen wir uns für eine Rahmenrichtlinie zur Festlegung von Mindeststandards für die jeweiligen nationalen Grundsicherungssysteme ein. Mindestsicherungsleistungen müssen eine angemessene, armutsfeste Einkommensunterstützung sowie Unterstützungsleistungen zur (Wieder-)Eingliederung in den Arbeitsmarkt gewährleisten. Damit schaffen wir die Voraussetzung, dass unfreiwillige und armutsbedingte Migration innerhalb der Europäischen Union reduziert wird.

Schutz vor Kinderarmut

Zum Schutz der von Armut betroffenen Kinder und Jugendlichen sind zudem besondere Anstrengungen nötig, wenn wir die in Porto vereinbarten Ziele erreichen wollen: bis 2030 in der EU fünf Millionen Kinder aus der Armut holen. Wir werden deshalb die nationale Umsetzung der Europäischen Kindergarantie wirksam begleiten und ausreichend EU-Mittel im Rahmen der Europäischen Sozialfonds dafür zur Verfügung stellen. Außerdem müssen die Sozialfonds in der kommenden Förderperiode finanziell besser ausgestattet werden. Das kommt auch unserer sozialdemokratischen Idee einer Kindergrundsicherung zugute, vor allem für den Ausbau der Infrastruktur für Bildung und Teilhabe.

Einführung eines europäischen Behindertenausweises

Mit der neuen Strategie für Menschen mit Behinderungen sollen Chancengleichheit sowie der gleichberechtigte Zugang zur Teilhabe am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben noch stärker gefördert werden. Wir setzen uns für einen europäischen Behindertenausweis sowie die Verbesserung des Europäischen Parkausweises für Menschen mit Behinderungen ein, mit dem Ziel, Teilhabebarrieren abzubauen und
Nachteilsausgleiche im Bereich der Mobilität, Kultur, Freizeit und dem Sport zu
nutzen. So sollen die Rechte von Menschen mit Behinderungen in allen europäischen Mitgliedsstaaten geltend gemacht werden.

Bezahlbarer Wohnraum, vor allem in den Städten

Unser Ziel ist ein selbstverständlicher Zugang zu gutem, barrierefreiem und bezahlbarem Wohnraum. Wir wollen lebenswerte Innenstädte schaffen, mit einem ausreichenden Angebot an bezahlbaren, langfristig vermieteten Wohnungen. Damit stellen wir uns der voranschreitenden Verknappung und dadurch stark steigenden Mieten entgegen. Die EU muss Investitionen in erschwinglichen, sozialen und energieeffizienten Wohnraum stärker unterstützen und den Mitgliedsstaaten ausreichend Spielraum einräumen, notwendige Investitionen in sozialen Wohnungsbau zu tätigen. Wir brauchen zudem mehr europäische Flexibilität bei der Gewährung der staatlichen Wohnraumförderung. Darüber hinaus wollen wir den europäischen Austausch der nationalen Akteure weiter stärken. Mietwohnungen, nicht

Ferienwohnungen, müssen der Normalfall in den Städten sein. Deshalb stärken wir Kommunen den Rücken, die die Umwandlung von Miet- in Ferienwohnungen beschränken und setzen uns dafür ein, den Städten mit angespannten Wohnungsmärkten die Möglichkeit der Begrenzung von Kurzzeitvermietungen zu geben. Es braucht europarechtliche Grundlagen, um den schlimmsten Auswüchsen von Umwandlungen Einhalt zu gebieten und Mieterinnen und Mieter in angespannten Wohnungsmärkten zu schützen. Auch den wachsenden Markt möbliert vermieteter Wohnungen werden wir in den Blick nehmen, um zu verhindern, dass Regelungen für bezahlbaren Wohnraum hierdurch unterlaufen werden. Wir wollen die Möglichkeiten ausweiten, mit EU-Mitteln die Schaffung bezahlbaren Wohnraums, insbesondere für junge Menschen, zu fördern.

Wohnungslosigkeit in Deutschland und Europa überwinden

Unser Ziel ist es, Wohnungslosigkeit in Deutschland und Europa bis 2030 zu überwinden. Darum unterstützen wir die Europäische Plattform zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit. Wir sind überzeugt, dass die Lösung der oft komplexen Probleme obdachloser Personen mit einer eigenen Wohnung beginnen muss. Diesen Housing First-
Ansatz unterstützen wir und wollen ihn weiter ausbauen. Darüber hinaus setzt sich die SPD dafür ein, dass dem Thema in der neuen Kommission ein noch größerer Stellenwert eingeräumt wird.

3. Zugang zu guter Gesundheitsversorgung

Jede und jeder in Europa soll einen sicheren Zugang zu den notwendigen Arzneimitteln und neuesten Therapien zu erschwinglichen Preisen haben. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig ein koordiniertes Vorgehen unter den Mitgliedsstaaten sein kann. Wir wollen deshalb eine europaweit vernetzte und patientenorientierte Gesundheitsprävention und -versorgung. Dafür brauchen wir eine starke Europäische Gesundheitsunion. Gemeinsam können wir Lieferengpässe bekämpfen, faire Preise für Arzneimittel sicherstellen und den Pflegesektor stärken.

Präventive Maßnahmen zur Bekämpfung von Lieferengpässen

Lieferengpässe, vor allem bei kritischen Wirkstoffen oder Vakzinen, wollen wir nachhaltig bekämpfen. Zu diesem Zweck setzen wir uns im Zuge der EU-
Pharmagesetzgebung dafür ein, auch präventive Mechanismen wie Monitoring, Engpassmanagementpläne und Meldepflichten weiterzuentwickeln. Wir plädieren für ein europäisches Instrument zur Überwachung und Erkennung von Arzneimittelengpässen und zur Erhöhung der Transparenz bei der Medikamentenversorgung und -echtheit.

Faire Preise für Arzneimittel

Wir wollen mehr gemeinsame europäische Beschaffung von Arzneimitteln, um das beste Preis-Leistungs-Verhältnis zu erzielen. Bei der Sicherstellung des Zugangs zu medizinischen Innovationen für alle EU-Bürgerinnen und -bürger braucht es zudem ein europaweites, faires System der Arzneimittelpreisgestaltung und Nutzenbewertung. Wir plädieren hier für ein solidarisches System, das sich an den politischen, markt- und volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der Kaufkraft der europäischen Partnerländer und ggf. weiterer Abnehmerländer orientiert.

Eine gute und sichere Versorgung zu Hause und unterwegs

Damit die grenzüberschreitende Behandlung von Patientinnen und Patienten in der Europäischen Union gewährleistet ist, brauchen wir die europaweite Interoperabilität von Gesundheitsdaten mit sicheren und einheitlichen Standards. Dabei werden wir sicherstellen, dass Patientinnen und Patienten stets die Kontrolle über ihre Gesundheitsdaten behalten. Perspektivisch wollen wir den Zugang zur Behandlung und die freie Arztwahl bei kurzfristigen Aufenthalten im EU-Ausland, sei es als Touristin bzw. Tourist oder als Saisonarbeiterin bzw. Saisonarbeiter, weiter erleichtern und eine einfache und schnelle digitale

Abrechnung der Behandlung im EU-Ausland effektiver nutzen.

Weitere Stärkung der Pflege

Mit der Europäischen Pflegestrategie haben wir die Themen Pflege und Betreuung in den Fokus gerückt und zusammengedacht. Wir wollen die Strategie nun konsequent umsetzen, insbesondere durch mehr staatliche Investitionen in den Pflegesektor und die Einführung von verbindlichen europäischen Regelungen. Dafür wollen wir informelle in formelle Arbeit überführen und reguläre und gute Arbeitsbedingungen sowie die Bekämpfung prekärer Arbeitsbedingungen, insbesondere von Frauen in privaten Haushalten, sicherstellen.

Mehr Anreize für Innovation und verstärkter Kampf gegen Resistenzen

Wir wollen neue Anreize für die Forschung und die Entwicklung dringend benötigter neuartiger Antibiotika schaffen. Zugleich wollen wir eine stärkere Beaufsichtigung der Antibiotikanutzung, um auf die zunehmend grenzüberschreitende Gesundheitsbedrohung der wachsenden Resistenz zu antworten. In diesem Sinne werden wir uns für eine vollständige Umsetzung des europäischen One-Health-Aktionsplans gegen antimikrobielle Resistenzen und verstärkter Zusammenarbeit mit unseren internationalen Partnern einsetzen, mit dem Ziel ein globales Abkommen über die Verwendung und den Zugang zu antimikrobiellen Mitteln herbeizuführen. Wir werden uns zudem dafür einsetzen, dass die chronischen Folgen von Infektionen zu einer Priorität erklärt werden – Menschen, die zum Beispiel an Long Covid, Post Vac und ME/CFS erkrankt sind, benötigen dringend zugelassene Medikamente und verdienen unsere Solidarität. Im Rahmen des europäischen Forschungsprogramms werden wir uns weiterhin dafür einsetzen, dass die geschlechtsspezifische medizinische Forschung vorangetrieben und die Therapieentwicklung im Bereich der Autoimmunkrankheiten ausgebaut wird.

4. Für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft sorgen

Ein Europa des Respekts ist ein diskriminierungsfreies Europa, denn diskriminierungsfreie Gesellschaften sind glücklicher, gesünder, resilienter, wohlhabender, sicherer und vor allem gerechter. Trotzdem müssen wir zunehmend erleben, wie in einigen Mitgliedsstaaten versucht wird, die Rechte von Frauen, Menschen mit Behinderungen und LGBTIQ+-Personen zu unterlaufen. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Homophobie, Rassismus und Antisemitismus sind Gift für ein gutes und friedliches Zusammenleben. Diese menschenfeindlichen, wie antidemokratischen Tendenzen sind innerhalb der EU und weltweit sichtbar. Wir werden nicht akzeptieren und zulassen, dass konservative und rechte Regierungen unsere erkämpften Rechte infrage stellen und angreifen. Frauenrechte, die Rechte von People of Color wie auch die Rechte von Menschen mit Behinderungen und LGBTIQ+-Personen sind Menschenrechte. Wir haben in den letzten Jahren und Jahrzehnten vieles erreicht in Deutschland und in Europa – aber noch lange nicht alles.

EU-Charta der Frauenrechte erarbeiten

Wir fordern eine EU-Charta der Frauenrechte. Wir brauchen einen Katalog zu schützender Grundrechte, absoluter Mindeststandards, wie z. B. den universellen Zugang zu Verhütung, sexueller und reproduktiver Gesundheit, und Rechte, einschließlich reproduktiver Selbstbestimmung sowie sicherer und legaler Schwangerschaftsabbrüche sowie Sexual- und Beziehungserziehung. Auch streben wir an, dass es langfristig kostenlosen, niedrigschwelligen Zugang zu Abtreibungsmittel wie der „Pille Danach“ gibt. Auch sichere Schwangerschaftsabbrüche sollten in der EU möglichst allen Menschen kostenlos zu Verfügung stehen, um reproduktive Selbstbestimmung und Gesundheit sicherstellen zu können. Ziel muss sein: Rechte zu schützen, auszubauen und festzuschreiben. Das Recht auf sicheren und legalen Schwangerschaftsabbruch soll zudem auch in der EU-Grundrechtecharta verankert werden.

Europäische Gleichstellungstrategien erneuern

Die europäische Gleichstellungsstrategie muss weiterhin effektiv umgesetzt werden, insbesondere in Form qualitativer und quantitativer Maßnahmen, die die Erwerbsbeteiligung von Frauen stärken. Auch die LGBTIQ-Gleichstellungsstrategie, die es nun erstmals von 2020 bis 2025 gibt, muss konsequent umgesetzt und stetig weiterentwickelt werden. Beide Strategien sollten, unter Berücksichtigung bisheriger Erfahrungen und mit einem eigenen Budget ausgestattet, für die Zeit von 2025 bis 2030 erneuert werden.

Wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen schafft soziale Gerechtigkeit

Wir wollen die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei Beschäftigung, Bezahlung und sozialer Sicherung schließen, um die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen zu stärken. Vor allem brauchen wir hochwertige Arbeitsplätze sowie faire Löhne und Renten. Wir sind stolz, dass wir die europäische Richtlinie zur Lohntransparenz durchbringen konnten und damit mehr Frauen ihren gerechten Lohn erhalten. Es besteht aber noch Umsetzungsbedarf, insbesondere beim deutschen Entgelttransparenzgesetz. Um die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei Bezahlung zu schließen, setzen wir uns neben der Umsetzung der Richtlinie für Lohntransparenz für eine EU-Richtlinie zu Antidiskriminierung bei Löhnen ein. Denn für uns ist klar: Lohntransparenz allein wird unserem sozialdemokratischen Anspruch nicht gerecht. Wir wollen gleiche Entlohnung für gleiche Arbeit am gleichen Ort in der Europäischen Union. Auch die angenommene Mindestlohnrichtlinie wird dafür sorgen, dass gerade Frauen, die häufig im Niedriglohnsektor arbeiten, besser vor Armut geschützt werden. Wir wollen den Gender Gap auch bei Pflege und Betreuung schließen. Noch immer ist Sorgearbeit Frauensache, dies darf nicht so bleiben. Wir streben daher das Modell „Equal Carer – Equal Earner“ an, also ein gleichstellungsorientiertes Erwerbs- und Sorgemodell.

Mehr Frauen in Führungspositionen bringen

Wir stärken Frauen in der Wirtschaft, insbesondere als Gründerinnen von Unternehmen und Start-ups. Wir sorgen dafür, dass Frauen gerechter in Entscheidungsprozessen in der Politik sowie in Unternehmen vertreten sind. Quoten und Reißverschlusslisten, aber auch eine bessere geschlechtersensible politische Kultur und Unternehmenskultur sind hier geeignete Maßnahmen. Die EU-Führungspositionen-Richtlinie (2022) ist ein Meilenstein für die Gleichstellung in Europa. Sie stärkt Frauen in Aufsichtsräten und ebnet ihnen den Weg in die Führungsetagen börsennotierter Unternehmen. Wir planen in einem nächsten Schritt, die Vorstände aller in der Europäischen Union ansässigen Unternehmen in den Blick zu nehmen.

Steuerliche Gleichstellung

Frauen konsumieren anders und sie haben niedrigere Einkommen – tragen aber eine höhere Mehrwertsteuerlast. Wir setzen uns dafür ein, dass die Steuerbelastung endlich gerechter verteilt wird. Das reicht von reduzierten Steuersätzen in der EU auf weibliche Hygieneartikel bis zur Abschaffung des Mehrpreises auf Produkte und Dienstleistungen für Frauen (Pink Tax). Das heißt, wir sorgen dafür, dass gleichwertige Produkte und Dienstleistungen für Männer und Frauen gleich viel kosten.

Gewalt gegen Frauen gemeinsam bekämpfen und verhindern

Um männliche Gewalt gegen Frauen zu beenden, müssen wir schädliche Normen, Strukturen und Stereotype ansprechen, analysieren und auflösen, Sexualaufklärung in Schulen vorantreiben und europaweite Gewaltprävention durch gendersensible Bildungsprogramme für Jungen und Mädchen anbieten. Nur ein gesamtgesellschaftliches Umdenken und eine Verankerung moderner Rollenbilder werden die gleichberechtigte Wahrnehmung von Frauen in allen Bereichen der Gesellschaft vorantreiben und damit auch Gewalt beenden.

Die Annahme der Istanbul-Konvention ist ein starkes Signal der EU, dass gemeinsame Werte nicht verhandelbar sind – Frauenrechte eingeschlossen. Es muss in allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union selbstverständlich sein, konsequent gegen geschlechtsspezifische Gewalt vorzugehen. Die Istanbul-Konvention muss daher in allen Mitgliedsstaaten der EU ratifiziert und die Vorgaben müssen in nationales

Recht übertragen werden.

Auch die Richtlinie zur Bekämpfung der geschlechtsspezifischen Gewalt ist ein wichtiger Schritt, um europaweite Mindeststandards beim Schutz der Frauen festzulegen. Wir wollen darüber hinaus gehen und setzen uns dafür ein, dass geschlechtsspezifische Gewalt als europaweiter Straftatbestand anerkannt wird, um damit in Zukunft noch umfangreicher alle Formen der Gewalt gegen Frauen bekämpfen zu können.

Vor Menschenhandel und Ausbeutung schützen

Wir wollen den gemeinschaftlichen Kampf Europas gegen Menschenhandel fortsetzen und die bestehende Gesetzeslage auf die neuesten Herausforderungen in diesem Bereich zuschneiden. Ein Hauptziel muss sein, die Frauen zu schützen, die mit dem Ziel der sexuellen Ausbeutung in der EU und in die EU verschleppt werden.

Gleichstellung und Parität auch in den europäischen Institutionen

Wir streben Geschlechterparität in der neuen EU-Kommission an und werden dafür sorgen, dass erneut eine Kommissarin ausdrücklich für das Thema Gleichstellung zuständig ist – Gleichstellung von Frauen und Männern, für Antidiskriminierung und LGBTQI+-Rechte. Außerdem setzen wir uns dafür ein, das Europäische Gleichstellungsinstitut EIGE weiter zu stärken. Der EU-Haushalt soll mit dem Instrument des Gender Budgeting geschlechtergerecht aufgestellt werden.

Rechte von queeren Menschen schützen

Die Europäische Union garantiert die Freiheit von queeren Menschen. So hat es das Europäische Parlament mit der Unterstützung der Sozialdemokratie ausdrücklich beschlossen. Die Erklärung und Unterstützung der „LGBTIQ+ Freedom Zone“ folgt dabei einer Besorgnis, dass erreichte Schritte der Freiheit von queeren Menschen akut gefährdet sind. Wir stellen uns hier jedweden Diskriminierungen und Anfeindungen in den Weg. Wir fordern die EU-Kommission als Hüterin der Verträge auf, hart auf das LGBTIQ+-feindliche Vorgehen einzelner Mitgliedsstaaten zu reagieren. Sie sind mit dem Wertekanon der Europäischen Union unvereinbar. Sie müssen gestoppt und rückgängig gemacht werden. Zudem fordern wir, dass europäische Regenbogenfamilien nicht in ihrer Freizügigkeit gehindert und eingetragene Lebenspartnerschaften und gleichgeschlechtliche Ehen in der ganzen EU anerkannt werden.

Nationale Minderheiten schützen

Wir setzen uns gemäß der Charta der Grundrechte der EU für den Schutz der nationalen Minderheiten in Deutschland und Europa ein und unterstützen Maßnahmen zum Erhalt ihres kulturellen Erbes.

Ein altersgerechtes Europa

Aktives und gesundes Altern wirkt sich positiv auf die Gesellschaft, den Arbeitsmarkt, die Sozialsysteme und die Produktivität aus. Wir setzen uns deshalb gegen Altersdiskriminierung ein und wollen Menschen dabei helfen, ihr Leben so lange wie möglich selbstständig zu führen und sich gesellschaftlich beteiligen zu können.

5. Sicherheit und Freiheit schützen

Respekt heißt auch, ohne Angst vor Kriminalität zu leben und ohne Angst verschieden sein zu dürfen. Alle Europäerinnen und Europäer sollen sich in der EU sicher fühlen und die Freiheit haben, sich unabhängig zu informieren und sich eine eigene Meinung zu bilden. Wir wollen dafür die Unabhängigkeit von Medien schützen und effektiver gegen Desinformation vorgehen. Kriminalität findet oft grenzüberschreitend statt, deswegen müssen unsere nationalen Polizei- und Sicherheitsbehörden noch besser kooperieren. Wir wollen auf europäischer Ebene Regeln setzen, um den europäischen Verbraucherschutz im gemeinsamen Binnenmarkt zu stärken. Angesichts einer Zunahme von Klimawandel bedingten Katastrophen, zusätzlich zu anderen Notfällen, wollen wir zudem den Bevölkerungsschutz verbessern, indem wir noch enger mit unseren europäischen Partnern zusammenarbeiten und, wo sinnvoll, zentral steuern.

Freiheit der Medien sicherstellen

Medienfreiheit ist ein wesentlicher Bestandteil der Grundrechte europäischer Bürgerinnen und Bürger. Wir haben in den letzten Jahren gesehen, wie in Europa Druck auf die Medien ausgeübt wurde und europäische Werte verletzt wurden. Darum ist es höchste Zeit, die Unabhängigkeit der Medien in allen Mitgliedsstaaten zu stärken und den staatlichen Einfluss zurückzudrängen, wo er missbraucht wird. Regierungen dürfen keinen Einfluss auf die Berichterstattung öffentlich-rechtlicher wie privater Medien haben oder Druck auf Journalistinnen und Journalisten ausüben. Dafür entwickeln wir gemeinschaftliche Instrumente zum Schutz der Unabhängigkeit der Medien weiter und stellen sicher, dass Nichtregierungs- und zivilgesellschaftliche Organisationen überall dort direkt unterstützt werden, wo Demokratie und Rechtsstaatlichkeit besonders unter Druck stehen. Dafür streben wir einen Sonderfonds für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit an.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden stärken

Wir wollen eine verstärkte grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Polizeien und Sicherheitsbehörden in der Europäischen Union. Dazu gehört insbesondere auch die Stärkung von Europol bei der Unterstützung der Mitgliedsstaaten. Die Zusammenarbeit soll sich vor allem auf die Bekämpfung der Wirtschafts- und Cyberkriminalität konzentrieren. Zudem soll sie den Waffen-, Drogen- und Menschenhandel in den Fokus nehmen, wobei sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Gewalt gegen Frauen Schwerpunkte sein sollen. Zudem bleibt es dabei, dass wir extremistischen oder terroristischen Gewalttaten nur gemeinsam als Europäische Union begegnen können. Damit die grenzüberschreitende Arbeit noch besser klappt, setzen wir uns für eine kontinuierliche Aus- und Weiterbildung mit gleichen Standards, z. B. mit Hilfe der EU-Agentur für die Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der Strafverfolgung ein. Auch die justizielle Zusammenarbeit auf EU-Ebene wollen wir stärken. Das gilt für die Agentur der Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust), wie auch für den Ausbau gemeinsamer Kanäle für den sicheren Datenaustausch. Weiteres Augenmerk gilt der Geldwäschebekämpfung mit der geplanten Anti-Geldwäsche-Agentur AMLA. Bezüglich der geplanten europäischen Anti-Geldwäsche-
Agentur AMLA setzen wir uns für den Standort Frankfurt ein.

Stärkung der Europäischen Staatsanwaltschaft

Mit der Europäischen Staatsanwaltschaft (EUStA) ist eine wichtige Behörde im Kampf gegen (Steuer-)Betrug, Korruption und Geldwäsche entstanden. Wir streben an, dass neben den aktuell 22 Mitgliedsstaaten schnell alle EU-Staaten der Behörde beitreten. Wir wollen die Arbeit der EUStA weiter stärken, indem wir ausreichende finanzielle und personelle Mittel für ihre Arbeit zur Verfügung stellen. Wir wollen für eine bessere Koordinierung der nationalen Strafverfolgungsbehörden untereinander sorgen, wie auch im Zusammenspiel mit Europäischen Agenturen wie Europol, Eurojust und der EUStA.

Sicherstellung von Vermögenswerten erleichtern

Der Krieg in der Ukraine hat deutlich gemacht, dass auch bei der Aufklärung von Kriegsverbrechen, bei der Ahndung von nicht eingehaltenen EU-Sanktionen oder bei der Einziehung und Sicherstellung von Vermögenswerten von Oligarchen oder Mitgliedern der organisierten Kriminalität eine verstärkte europäische Zusammenarbeit unerlässlich ist.

Europäischen Bevölkerungsschutz ausbauen und Krisenkompetenzen stärken

Angesichts von multiplen Krisen und Großschadensereignissen, setzen wir uns für eine europäische Resilienzstrategie ein. Umfasst werden sollen verschiedene Arten von Herausforderungen, einschließlich Naturkatastrophen, Terroranschlägen, Pandemien und andere Notfälle. Das Zentrum für die Koordination von Notfallmaßnahmen (ERCC) wollen wir weiter stärken und besser an die Bevölkerungsschutz-Strukturen der Mitgliedsstaaten anbinden. Es darf in der Europäischen Union nicht zu Engpässen in der

Versorgung mit kritischen Gütern kommen. Bei der Ausübung von Krisenkompetenzen muss die Kommission einer echten parlamentarischen Kontrolle unterliegen. Ohne eine aktive Zustimmung des Europäischen Parlaments darf sie keine Notzuständigkeiten ausüben.

Europäischen Verbraucherschutz stärken

Die Abschaffung der Roaming-Gebühren, einheitliche Ladekabel und hohe Standards für Verbraucher- und Umweltschutz sind nur einige Beispiele, die Ausdruck für die Macht von 450 Millionen Verbraucherinnen und Verbrauchern in Europa sind. Als Bürgerinnen und Bürger müssen wir in der Lage sein, fundierte Entscheidungen zu treffen, um aktiv zur Bewältigung des Klimawandels beitragen zu können und ein faires Miteinander zu gewährleisten. Deswegen wollen wir die Manipulationsmöglichkeiten im Internet begrenzen, mit denen Verbraucherinnen und Verbraucher viel zu oft zu Entscheidungen verleitet werden, die sie anschließend bereuen (Dark Patterns. Auch Investitionsentscheidungen werden oft über falsche Anreize durch Vermittlungen fehlgeleitet. Daher setzen wir uns für ein Provisionsverbot für die Vermittlung von Finanzdienstleistungen ein.

Mündige Verbraucherinnen und Verbraucher benötigen handlungsfähige Marktaufsichtsbehörden und eine Wettbewerbsaufsicht an ihrer Seite, die den Verbraucherschutz an die erste Stelle setzen. Denn den Verbraucherinnen und Verbrauchern darf nicht die alleinige Verantwortung für die Durchsetzung von Marktregeln auferlegt werden. Deshalb müssen insbesondere Online-Marktplätze stärker in die Verantwortung genommen werden, eigene Prüfpflichten bekommen und für Fahrlässigkeit in die Haftung genommen werden. Wir wollen dynamische Preissetzungen von Monopolunternehmen als unlautere Geschäftspraxis konsequent untersagen.

Entkriminalisierung von Cannabis

Wir sind davon überzeugt, dass eine lizensierte und kontrollierte Abgabe von Cannabis hilft, den illegalen Drogenhandel zurückzudrängen und gesundheitliche Risiken zu minimieren. Wir setzen uns für eine verantwortungsvolle, zügige und europarechtskonforme Legalisierung von Cannabis ein und wollen dafür die rechtlichen Voraussetzungen schaffen. Dabei haben für uns der Gesundheits- und Jugendschutz höchste Priorität.

V. Schluss

In Zeiten, in denen Europa erneut durch Nationalistinnen und Nationalisten sowie Rechtspopulistinnen und -populisten bedroht wird, in Zeiten des Krieges auf dem europäischen Kontinent, im Angesicht sozialer und wirtschaftlicher Schieflagen und vom zunehmend spürbaren Klimawandel braucht es neue Impulse, um den Zusammenhalt der Europäischen Union zu stärken. Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind wir in der Gewissheit vereint, dass wir als Europäerinnen und Europäer nur gemeinsam eine bessere Zukunft gestalten können. Dass wir als Europäerinnen und Europäer dazu in der Lage sind, haben wir in den vergangenen Jahren deutlich gezeigt. Aber es gibt noch viel Luft nach oben.

Für uns existiert kein Entweder-oder. Der notwendige Umbau unserer Wirtschaft, gute Arbeitsplätze der Zukunft, der Schutz des Klimas und die Unterstützung für die vielen – die SPD bringt das zusammen. Wir gestalten den Fortschritt, damit es gerecht zugeht.

Unser Europa ist sozial und ökologisch nachhaltig. Unser Europa ist gerecht, auch in seiner Außenwirkung. Unser Europa ist stark und handlungsfähig. Für eine bessere Zukunft und für unsere gemeinsame Sicherheit in allen Lebensbereichen. Unser Europa ist ein starkes Europa, weil es zusammenhält und weil es das Leben der Menschen besser macht.